

Bessere Lebensqualität als Aufgabe

Kapitalistisches System bedroht Existenz der Menschen

Auszüge aus Reden und Diskussionsbeiträgen
auf der 4. internationalen Arbeitstagung
der IG Metall in Oberhausen

Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik ist dringend reformbedürftig; ebenso das System der allgemeinen und beruflichen Bildung. Das öffentliche Verkehrswesen und das Straßennetz entsprechen seit langem nicht mehr den Anforderungen. Die Umwelt wird von den privaten Besitzern der Produktionsmittel zunehmend verschmutzt, zerstört und den Profitinteressen geopfert. Die profitorientierte Investitions- und Wachstumspolitik läßt die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen außer acht. Während die öffentlichen Gelder zu einem großen Teil für militärische Rüstung vergeudet werden, fehlen anderer-

seits die Mittel für dringend notwendige Reformmaßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die arbeitenden Menschen sind auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft von der Mitbestimmung ausgeschlossen. Es dominieren die Interessen der mächtigen Monopole und ihrer politischen Vertretung. Das sind nur einige von vielen Feststellungen auf der 4. internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall, die unter dem Motto: „Aufgabe Zukunft: Verbesserung der Lebensqualität“ vom 11. bis 14. April 1972 in der Bergarbeiterstadt Oberhausen durchgeführt wurde.

Eugen Loderer, der inzwischen als Nachfolger Otto Brenners zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt wurde, erklärte, die kapitalistische Wirtschaft sei mit ihrer Scheinrationalität nicht in der Lage, den öffentlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wo Gewinnmaximierung zum ökonomischen Leitbild und zum bestimmenden Faktor des Wirtschaftens erhoben werde, kämen die Gemeinschaftsaufgaben zu kurz und rangiere das Menschsein hinter den Profitereignissen einer Minderheit. Die Gewerkschaften forderten eine geplante Wirtschaft, die durch gesellschaftspolitische Zielsetzungen gebunden sei. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit eines verstärkten gesellschaftspolitischen Engagements der Gewerkschaften; ihre Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaft und Gesellschaft sei das Kernstück der gewerkschaftlichen Forderungen.

Ähnlich äußerte sich auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter: „Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehene[n] Wachstums... Wir werden die Zukunft nicht bestehen, wenn wir nicht den Mut zur gesellschaftlichen Strukturveränderung haben.“ Mehr noch als in der Vergangenheit würden die Gewerkschaften um eine qualitative Verbesserung des Lebens

kämpfen müssen. Dazu sei die „Allianz aller fortschrittlichen Kräfte“ nötig.

An der Oberhausener Tagung beteiligten sich rund 1250 Teilnehmer und Gäste aus 22 Ländern. Eine besondere Note, auch hinsichtlich der Referate und Diskussionsreden, erhielt die Konferenz durch die Teilnahme einer qualifizierten Gruppe von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern aus der Sowjetunion und der DDR sowie anderen sozialistischen Ländern und von marxistischen Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik.

Die Tagung wurde in acht Arbeitsgruppen durchgeführt, die folgende Themen behandelten und zugleich die Gesamthematik der Veranstaltung ausdrückten: I. Qualität der Bildung, II. Qualität des Verkehrs, III. Qualität der Umwelt, IV. Qualität der Gesundheit, V. Qualität der Regionalentwicklung, VI. Qualität von Planung und Finanzierung der Zukunft, VII. Qualität der Demokratisierung und VIII. Zukunft der Gewerkschaften.

Obleich das internationale Großaufgebot von Wissenschaftlern und Fachleuten zu ausgezeichneten Analysen von Zuständen und Mißständen in den genannten Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft führte, war es doch ein gravierender Mangel, daß kaum einer der geladenen Experten

der kapitalistischen Länder — auch viele Gewerkschaftsfunktionäre nicht — mit Lösungsvorschlägen aufwarteten, die über die Grenzen dieses Systems hinausweisen. Im allgemeinen blieb es ein Suchen nach Lösungen im Rahmen und im Sinne des Systems. Es ist vor allem das Verdienst der Referenten und Diskussionsprecher aus den sozialistischen Ländern und der marxistischen Wissenschaftler aus der Bundesrepublik, in den Lebensfragen der arbeitenden Menschen auf die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Profit- und Ausbeutergesellschaft als gewerkschaftliche Aufgabe hingewiesen zu haben.

Starke Beachtung fand unter diesem Aspekt das Referat Otto Brenners über die „Perspektiven der deutschen Mitbestimmung“ (siehe Auszug auf Seite 15), die er „vom Ansatz her radikal-demokratisch und antikapitalistisch“ nannte. Der Sekretär des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Pjotr Pimenow, konnte seinerseits in seiner Rede (siehe Auszug auf Seite 22) auf die reale sozialistische gesellschaftliche Alternative verweisen und damit auch für die Gewerkschaften der Bundesrepublik den Weg zur effektivsten Lösung der Probleme bei der Herbeiführung einer besseren Lebensqualität verdeutlichen.

Gerd Siebert



Qualität der Umwelt: Durch Profitstreben gefährdet

„Umweltschutz“ ist in der gesellschaftspolitischen Diskussion heute schon fast ein Zauberwort geworden, von dem vor allem die Repräsentanten der Unternehmerverbände hoffen, daß es „wirkt“, wenn sie nur recht viel darüber reden. Dabei wird „Wirkung“ in der Weise erwartet, daß der Gebrauch des Begriffs Umweltschutz möglichst konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auf Kosten der Unternehmer erübrigt. Und nicht selten hat vor allem der Gewerkschafter den Eindruck, daß die Diskussion über Umweltprobleme dazu benutzt wird, von nicht weniger dringenden gesellschaftspolitischen Fragen, deren Lösung akut ist — wie

Mitbestimmung und Vermögensumverteilung —, abzulenken. Nichtsdestoweniger haben die Fragen der Umweltverschmutzung und des Umweltschutzes (nicht zuletzt auch unter dem Aspekt: Wer zahlt das alles?) solche Dimensionen angenommen, daß auch sie einer dringenden Lösung bedürfen. Auf der Oberhausener Tagung der IG Metall haben dazu u. a. in Referaten die Professoren Kapp und Kovda und in einem Diskussionsbeitrag Dr. Jung wesentliche Gesichtspunkte dargelegt. Die Ausführungen sollen dazu beitragen, die diesbezügliche Diskussion von den Erscheinungen zu den Ursachen der Umweltproblematik hinzuführen.

Umwelt: Gefährdung und Schutz

Prof. Dr. Karl William Kapp

Nationalökonom an der Universität Basel, Schweiz

Bevor im folgenden der Versuch unternommen werden soll, die verschiedenen Kausalfaktoren (Bevölkerungszunahme, wirtschaftliches Wachstum, Entwicklung neuer Techniken und Verwissenschaftlichung der modernen Betriebsführung) zueinander in Beziehung zu setzen, scheint es mir angebracht, kurz auf eine Tatsache einzugehen, die in der heutigen Umweltdiskussion häufig übersehen wird: Die Tatsache nämlich, daß das moderne Industriesystem und insbesondere die Technik des Maschinenwesens für den Arbeiter seit jeher eine Gefährdung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen und seiner Gesundheit dargestellt haben. Die Frühsozialisten des 19. Jahrhunderts haben diese Störungen der für den Arbeiter relevanten sozialen Umwelt ebenso klar gesehen wie Marx und Engels.

Die Einführung der maschinellen Technik während des 19. Jahrhunderts führte zunächst zu erhöhter Arbeitslosigkeit und zu jenen traumatischen Erfahrungen für Millionen von Menschen, die während der ersten industriellen Revolution als die Soziale Frage bezeichnet wurden, d. h. Löhne am oder unter dem Existenzminimum, 15stündige Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie menschenunwürdige Wohnungsverhältnisse in den Mietskasernen der sich entwickelnden Ballungszentren. Aber auch die Zerstörung der natürlichen Umwelt durch Luft- und Wasserverunreinigung hat es bereits im 19. Jahrhundert gegeben und betraf die Arbeiter bzw. die Bewohner der großen Industriestädte.

Die Verbesserung der Lebensqualität, die heute als „Aufgabe Zukunft“ auf der Tagesordnung steht, ist also keine radikal neue Aufgabe für die Gewerkschaften, sondern sollte als eine Erweiterung des Blickfeldes und des Aufgabenkreises verstanden werden, die sich nunmehr auf die Qualität des Lebens im weitesten Sinne des Wortes erstrecken. Was sich radikal geändert

hat, ist das Ausmaß und der Charakter der Umweltgefährdung und der Verschlechterung der Qualität der Lebensbedingungen des Menschen.

Mit dieser Feststellung soll keineswegs gesagt sein, daß die spezifischen Probleme und Gefährdungen der Umwelt des Arbeiters, die uns aus dem 19. Jahrhundert bekannt sind, durch kollektive Lohnverhandlungen und Sozialversicherungen bereits ihre endgültige Lösung gefunden haben. Die Verbesserung der Lebensqualität im Bereich dieser traditionellen Gebiete der sozialen Umwelt einschließlich derjenigen des Betriebes und des Arbeitsplatzes gehört nach wie vor zu den zentralen Gewerkschaftsaufgaben.

Die heutige katastrophale Umweltverschlechterung liegt weit über dem Maß, das den globalen Wachstumsraten entspricht. Sie muß daher in erster Linie als das Resultat eines wirtschaftlichen Verhaltens angesehen werden, das qualitativ neue Produktionsfaktoren und Techniken zur Anwendung gebracht und mit einer Wirtschaftsrechnung einschließlich einer Standortwahl gearbeitet hat, deren negative Einwirkungen und zerstörerische Tendenzen auf das ökologische Gleichgewicht der menschlichen Umwelt keine oder eine völlig ungenügende Berücksichtigung gefunden haben.

Wenn diese durch den zweiten Weltkrieg und den kalten Krieg und der

Zu den Reden und Diskussionsbeiträgen:

Bei allen in diesem NACHRICHTEN-Sonderdruck veröffentlichten Reden handelt es sich um Auszüge aus den zumeist weit umfangreicheren Manuskripten. Die Diskussionsbeiträge sind gekürzt.
D. Red.

damit verbundenen Förderung und Ausrichtung der Wissenschaft entwickelten Techniken und Produktionsfaktoren zu marktmäßig profitablen Produktions- und Produktivitätssteigerungen geführt haben und daher im Sinne des traditionellen wirtschaftlichen Rationalitätsbegriffes gemessen in Markterträgen und Kosten als „Erfolg“ anzusehen sind, so sind sie im Licht der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts und der Verschlechterung der Qualität der menschlichen Lebensbedingungen ein Zeichen eines ökologischen Mißerfolges, der in spezifischen Fällen, z. B. in Japan, aber auch in Amerika, bereits einem ökologischen Bankrott gleichzukommen scheint.

Wie steht es nun mit der relativen Belastung bzw. Verteilung der Umweltschäden auf verschiedene Schichten der Bevölkerung? Allgemein läßt sich zunächst sagen, daß jede zwangsweise Abwälzung von Sozialkosten ohne Gegenleistung bzw. Entschädigung, im Prinzip eine sekundäre Verteilung der Lasten der Produktion und daher des Realeinkommens darstellt, und zwar zu Ungunsten der wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung. Während der ersten Phase der Kosten und Lasten der industriellen Revolution war es zweifellos das Industrieproletariat, das allein die Schäden der sozialen Umwelt in der Form von niedrigen Löhnen, langen Arbeitsstunden, hohen Unfallraten, Berufskrankheiten, sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und ungesunden Wohnbedingungen getragen hat. Die heutigen Umweltschäden gefährden zwar die Gesundheit und die Qualität der sozio-kulturellen Lebenswelt aller Schichten der Bevölkerung, aber dies geschieht in höchst ungleicher Weise.

Es ist zwar richtig, daß die Verunreinigung der Luft und des Wassers, der Lärm, verpestete Stadtzentren sowie das Verkehrschaos auch die mittleren und höheren Einkommensgruppen treffen, aber diese können sich schützen und den schwersten Belastungen ausweichen. Sie können ihre Wohnsitze in weniger betroffene Vororte mit entsprechenden Grünanlagen oder in kleinere Städte mit geringerem Anfall von Gesundheitsschäden verlegen oder sich durch den Einbau von Klimaanlage schützen.

Die ärmeren Bevölkerungsschichten und die Bewohner der Ghettos in den großen Industriestädten haben keine Möglichkeiten, den ungesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entgehen. Diese Gruppen sind dem Lärm der Arbeitsplätze und der Stadt, dem Verkehrschaos, größerer Luftverunreinigung, ungenügenden Erholungsmöglichkeiten und größerer Degradation der Umwelt intensiver ausgesetzt als mittlere und höhere Einkommensschichten.

Was heute als Umweltschutzmaßnahmen und als Umweltschutzpolitik diskutiert und unternommen wird, liegt innerhalb eines breiten Spektrums von mehr oder weniger verbalen Lösungsvorschlägen bis zu weitreichenden Kontrollen und Verboten hinsichtlich der Verwendung von schädlichen Produktionsfaktoren und Maßnahmen zur Umstrukturierung der Technik, der Kontrolle der Standortwahl und der Raumplanung. Es ist unmöglich, innerhalb eines Kurzreferates auf die Fülle der Vorschläge einzugehen, die heute als Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität zur Diskussion stehen.

System zur Lösung unfähig

Bei diesen und ähnlichen Vorschlägen geht man davon aus, alles zu vermeiden, um durch die Umweltgefährdung zu einer Wirtschaftspolitik getrieben zu werden, die nicht „marktkonform“ sein könnte. M. a. W., man versucht, die Umweltkontrolle durch Einführung indirekter Kontrollen in die Wege zu leiten. Die Fragestellung ist nicht, was wäre notwendig, um die Umwelt wirksam zu schützen oder zu verbessern, sondern wie läßt sich verhindern, daß die Umweltkrise zu einer Erschütterung des Marktsystems Anlaß gibt.

Im Gegensatz zu dieser Politik der Vermeidung fremder Risiken verlangt die Umweltgefährdung die Formulierung eines Programms der Verbesserung der Qualität der Lebenswelt des Menschen. Hierzu bedarf es der Formulierung praktischer Ziele und ihrer Verwirklichung. Dabei handelt es sich um gesellschaftliche Ziele, die auf die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse gerichtet sind. Das Marktsystem regelt diese Probleme nicht; auf eine Selbstregulierung des Systems ist daher kein Verlaß. Im Gegenteil, die „Rationalität“ des Marktes gibt insbesondere unter dem Einfluß und der Anwendung gefährlicher Techniken zu selbsterstörerischen Tendenzen Anlaß.

Auch bietet der Markt keine adäquaten Bewertungsgrundlagen für diese Bedürfnisse und Güter; er definiert weder die notwendigen gesellschaftlichen Zielsetzungen des Umweltschutzes noch ihre relative Dringlichkeit (im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bedürfnissen). Seine Normen und Zielsetzungen sind die der Maximierung

privater Nettoerträge; diese sind als Ziel des privatwirtschaftlichen Handelns gegeben; d. h., sie stehen für das Unternehmen nicht zur Diskussion, sie sind von vornherein klar und lassen sich in Geldeinheiten ausdrücken.

Umweltziele, d. h. die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger ökologischer Gleichgewichte, sind dem Marktsystem nicht immanent; sie müssen daher von außen, d. h. von der Gesellschaft, in das Wirtschaftssystem eingebaut werden. Wie diese Ziele zu formulieren sind und mit Hilfe welcher Strategien und Maßnahmen sie im einzelnen durchzusetzen sind, wie ihre relative Dringlichkeit abzuschätzen ist und wie sie schließlich in die Praxis umgesetzt werden können, ist eine völlig neue Aufgabe sowohl für Politik als auch für die volkswirtschaftliche Theorie. Von ihrer Lösung hängt die Frage ab, ob es uns überhaupt gelingen wird, die Intensivierung der Umweltkrise zu bremsen und unter Kontrolle zu bringen.

Im Licht der vorangegangenen Diagnose der Ursachen der Umweltgefährdung scheinen mir folgende Schritte für die Entwicklung eines realistischen Programms der Umweltverbesserung und einer wirksamen Politik der Umweltkontrolle unerlässlich:

1. Die systematische, quantitative Erfassung der ökologischen Grundzusammenhänge und ihre Gefährdung durch spezifische Techniken, die in modernen Industriesystemen zur Anwendung gelangen. Die Ergebnisse einer solchen kontinuierlichen ökologischen Bestandsaufnahme müßten in der Form von Umweltindikatoren niedergelegt werden.
2. Die Erarbeitung eines Programms von Umweltnormen oder Standards als praktische Ziele einer gesamtwirtschaftlichen Umweltpolitik.
3. Die bewußte gesellschaftliche Lenkung der Wissenschaft und Forschungspolitik zum Zweck der systematischen Entwicklung von Technologien, die weniger umweltbelastend als die bisher zur Anwendung gebrachten Techniken sind.
4. Die Entwicklung von wirksamen

wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele.

5. Die Ergänzung der privatwirtschaftlichen Kostenrechnung durch eine gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung und Buchführung.

6. Die Abschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der gesamten Maßnahmen der Umweltkontrolle auf die Kosten, den Stand der Beschäftigung und das Gesamtprodukt.

7. Die Einordnung der gesamten Politik der Umweltkontrolle und der Verbesserung der Qualität der Lebenswelt in den demokratischen Prozeß und die demokratische Willensbildung.

Die Menschen, deren Gesundheit und Überleben durch die Umweltgefährdung auf dem Spiel stehen, haben bei der Formulierung der bisherigen Wirtschaftspolitik kaum die Möglichkeit gehabt, mitzuwirken. Bei der Formulierung der Umweltziele und der Umweltpolitik ergibt sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit, die bisherige Ausschaltung der Öffentlichkeit wieder rückgängig zu machen, und zwar durch öffentliche Diskussionen und eine Politisierung der Massen der Bevölkerung.

Allerdings bedarf es auch hier wie bei jeder demokratischen Willensbildung der Information, und diese kann wie die Luft und das Wasser „verunreinigt“ werden. Ein Maximum an Publizität zum Zweck der Aufdeckung der Kausalzusammenhänge und der Gefahr der Umweltverschmutzung ist daher absolut erforderlich. Hier ergeben sich m. E. neue Aufgaben nicht nur für das gesamte Erziehungswesen von der Grundschule bis zur Universität, sondern auch für Bürgergruppen, insbesondere in gefährdeten Gegenden und ganz besonders für die Gewerkschaften, und zwar sowohl bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung als auch bei der politischen Willensbildung hinsichtlich von Umweltnormen als auch als Vertreter des öffentlichen Interesses in den Überwachungs- und Durchführungsorganen der Umweltkontrolle. Solange diese Vertretung nicht gewährleistet ist, besteht die Gefahr, daß selbst die besten Entscheidungs- und Kontrollsysteme zu ihrer Funktionsfähigkeit durch Interessenten und „Experten“ unterminiert werden.

Boden muß geschützt werden

Prof. V. A. Kovda
Universität Moskau, UdSSR; Präsident der Internationalen Gesellschaft für Bodenkunde

Trotz der technischen Fortschritte der vorsozialistischen Zivilisation sind die Ergebnisse ihrer Einwirkung auf die Umwelt beunruhigend. 150 Tier- und Vogelgattungen sind ausgestorben, weitere 1000 stehen am Rand der Aus-

rottung. Insgesamt sind 20 Millionen Quadratkilometer Boden verloren gegangen; das sind 5 Millionen mehr, als heute für den Ackerbau zur Verfügung stehen. Durch Erosion, Abblasung, Bauarbeiten, Unterflutung und andere Ur-

sachen gehen jährlich 5 bis 7 Millionen Hektar verloren.

Der Schutz der Böden gegen chemische Fremdkörper hat in letzter Zeit im Hinblick auf die Wahrung ihrer Fruchtbarkeit große Bedeutung erlangt. Werden falsch gewählte Düngemittel in großen Mengen verwendet, so können sie eine übermäßige Übersättigung und Alkalisierung des Bodens verursachen. Eine übermäßige Anwendung von Bioziden (Unkraut- und Insektenvertilgungsmittel, Entlaubungsmittel) wirkt sich nachteilig auf den Boden aus. Es wurde nachgewiesen, daß die resistenten Schädlingsbekämpfungsmittel, die dazu beitragen, Pflanzen und Tiere gegen Krankheiten, Schädlinge und Unkraut zu schützen, eine sehr ungünstige Wirkung auf die Zahl und die Vitalität der Bodenfauna und der Mikroorganismen haben. Die Rückstände oder Umwandlungsprojekte der Schädlingsbekämpfungsmittel gehen in Form von Unreinheit in Wasser und Nahrung ein.

Der Boden wird auch durch die verschiedensten Industrieabfälle vergiftet: Hüttenabgase, Auspuffgase von Kraftfahrzeugen, schwefelsaure Abwässer aus dem Bergbau, Abfälle von Erdölfeldern, Staub von Zementwerken und Gesteinsabfälle aus dem Erzabbau. Diese Verschmutzung und Vergiftung des Bodens muß verboten werden. Die Technologie der industriellen Prozesse

muß so geändert werden, daß alle schädlichen Abfälle, Rückstände und Unreinheiten ausgeschaltet werden, die in den Boden dringen könnten.

Der Mensch hat in unserer Zeit die Aufgabe, die wichtigsten Bausteine der Biosphäre und ihre Funktionen auf unserem Planeten zu wahren, um optimale physiologische, gesellschaftliche und ästhetische Voraussetzungen für seine Existenz zu schaffen. Diese Aufgabe ist Sache aller Völker der Welt, die sich in ihrem schöpferischen Wirken miteinander verbinden müssen. Die wichtigste und entscheidendste Voraussetzung für die Lösung dieses Problems, das der ganzen Menschheit aufgegeben ist: dem Krieg und dem Wettrüsten muß Einhalt geboten werden.

Die Erfahrung der sozialistischen Staaten zeigt, daß die wissenschaftlich begründete kurz- und langfristige Planung, wie sie von den Regierungen souveräner Staaten zur Förderung ihres wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts betrieben wird, schwere Fehler ausschließt, der Anarchie in der Produktion vorbeugt und das Streben nach Superprofiten ausschaltet; damit merzt sie die Faktoren aus, die in erster Linie für die Zerstörung der Biosphäre und ihrer Komponenten (Vegetation, Böden, Tierbestand und biologisch reines Wasser) verantwortlich sind.

Hoesch usw. — beantwortet werden muß.

Professor Kapp hat festgestellt, daß die Marktwirtschaft versagt hat. Aber was drückt sich darin anderes aus, als daß die durch das System hervorgerufenen und produzierten Techniken und Verfahren im Rahmen des Profitsystems immer stärker destruktive Seiten entwickeln und zur Untergrabung der wichtigsten Produktivkraft, der arbeitenden Klasse, führen! Ein bekannter Slogan muß hier und heute abgewandelt lauten: Was gut ist für die Profitrentabilität der Herren von Bayer und Hoechst und der entsprechenden Großbanken im Hintergrund, ist nicht gut für die arbeitende Mehrheit der BRD. Der gigantische Maßstab der Produktionsanlagen und die riesigen Gefahren, die die Unterwerfung von Wissenschaft und Technik unter die Profitmaßstäbe auf der heutigen Entwicklungsstufe in sich bergen, verlangen nach gesellschaftlicher Kontrolle, nach umfassender Mitbestimmung als einer ersten Stufe dieser Kontrolle, nach gesellschaftlicher Leitung und Planung — alles Dinge, die Gewerkschaftern nicht so fremd sind.

Professor Kapp hat nach meiner Ansicht mit seiner Feststellung recht, daß für die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen, wie sie in der Umweltfrage aktuell werden, die Maßstäbe des Marktes, Preises und Profites zu eng geworden sind. Aber man kann die Augen nicht davor verschließen, daß die Marktrationalität nach der Monetarisierung auch der Umweltprobleme tendiert.

Wer soll zur Kasse?

Dr. Heinz Jung

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Mit vollem Recht hat Prof. Kapp aus Basel in seinem in vieler Hinsicht bemerkenswerten Referat Front bezogen gegen eine neue Abart des Malthusianismus, die die Umweltprobleme ursächlich mit Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsdichte in Zusammenhang gebracht hat. Statt dessen, sagt er, müsse man untersuchen, wie die Wahl der Technik und des Standorts sowie die Produktion „nach dem Prinzip der marktwirtschaftlichen Rationalität in Bewegung gesetzt werden“. Er definiert diese Rationalität wie folgt: Ihre „Normen und Zielsetzungen sind die Maximierung privater Nettoerträge...“

Hinsichtlich der Funktionsfähigkeit dieses Systems in den Umweltfragen stellt er fest: „Das Marktsystem regelt diese Probleme nicht; auf eine Selbstregulierung des Systems ist daher kein Verlaß.“ Professor Kapp formuliert hier eine Ansicht, die auch von einem marxistischen Standpunkt aus voll zu unterstützen ist. Er geht hier die entscheidende Frage der Umweltproblematik für die kapitalistische Gesellschaft an.

Wenn die wesentliche Ursache, der entscheidende gesellschaftliche Zusammenhang auch in der Umweltfrage in der Profitrationalität des kapitalistischen Systems gesehen werden muß — denn um nichts anderes handelt es sich ja, wenn von Marktrationalität die Rede ist: die Produktion läuft nur nach Signalen des Marktes; produziert wird nur, wenn mit dem Verkauf der produzierten Waren Profit realisiert wird und nicht des Gebrauchswertes des Produktes wegen —, dann muß ein Schritt weiter gegangen werden, wenn ökonomische Theorie gesellschaftsverändernde Relevanz gewinnen soll:

Es ist die Frage nach jenen gesellschaftlichen Kräften zu stellen und zu beantworten, in deren sozialen Interessen sich Profitrationalität verkörpert und realisiert. Sicher stößt es bei Gewerkschaftern kaum auf Widerspruch, wenn geantwortet wird, daß die Fronten hier nicht anders als generell bei sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, einschließlich der Lohnkämpfe, verlaufen; daß die Frage mit dem Hinweis auf die großen Konzerne — wie Bayer, Hoechst, BASF,

Es ist dann auch nicht mit der Feststellung der sogenannten öffentlichen Armut getan — einer Armut derart, daß immerhin 22 Mrd. DM für die Rüstung ohne allzu große Klagen über die Armut da sind. Die Hauptfrage ist: Wer soll hier zur Kasse? Die arbeitende Mehrheit oder die großen Konzerne? Bei Herrn Eppler war zwar von der Kasse die Rede, aber man hatte den Eindruck, daß sie durch den Konsumverzicht der Arbeiter — oder, wie es früher bei Erhard hieß, durch „Maßhalten“ — gefüllt werden soll.

Professor Kapp ist nach meiner Ansicht unbedingt zuzustimmen, wenn er „öffentliche Diskussion und eine Politisierung der Massen“ sowie „die politische Willensbildung hinsichtlich der Umweltnormen“ zu einem Kernstück seiner demokratischen Gegenvorstellungen macht.

Aber man sollte hinzufügen, daß diese demokratische Mobilisierung der arbeitenden Menschen zur Erhaltung ihrer physischen Existenzbedingungen nur dann erfolgreich sein kann, ja nur dann über philanthropische Aufklärung hinausgeht, wenn unmißverständlich festgestellt wird, wo die Ursachen liegen, und daß man die Macht der Konzerne brechen muß, wenn die Zukunft eine Zukunft der arbeitenden Menschen sein soll.

Qualität der Bildung: Das Niveau verbessern!

Das gesamte Bildungswesen in der Bundesrepublik, einschließlich der Berufsbildung, ist in höchstem Grade reform-, d. h. verbesserungsbedürftig. Das Schlagwort „Bildungskatastrophe“ ist nicht nur eine strapazierte Vokabel in bildungspolitischen Diskussionen; es ist die begriffliche Widerspiegelung bundesdeutscher Wirklichkeit. Ein Stück dieser Wirklichkeit wurde auch im Arbeitskreis „Qualität der Bildung“ auf der 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall sichtbar. Besonders das Referat von Prof. Dr. Blankertz, Münster, beschäftigte sich ausführlich mit Zustand und Lösungsmöglichkeiten im Bildungswesen, unter

dem besonderen Blickwinkel der Berufsbildung. Die Diskussionsbeiträge von Dipl. oec. Gerns, Dr. Petschick, Dr. Schäfer und Dr. Steigerwald verdeutlichten die Verquickung der bildungspolitischen Konzeptionen und Maßnahmen mit den Profitinteressen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Monopole und gaben Denkanstöße für eine demokratische Bildungsreform. Im Unterschied zu den Wissenschaftlern der BRD konnte Prof. Dr. Knauer, DDR, in seinem Referat eine hervorragende Zwischenbilanz über die Resultate des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens in der DDR geben.

Bildung und Beruf in der BRD

Prof. Dr. Herwig Blankertz
Pädagoge und Philosoph, Universität Münster

Die Berufsausbildung in der BRD auf der Ebene der Lehrlingsausbildung wird als das sogenannte duale System bezeichnet, wörtlich genommen zu Unrecht, denn von einer mit diesem Begriff immerhin nahegelegten gleichmäßigen Beteiligung zweier Faktoren kann kaum die Rede sein. Lehrlinge werden überwiegend im Betrieb ausgebildet; die Berufsschule gibt dazu eine begleitende Ergänzung. Mehr als 60 % eines Geburtsjahres durchläuft gegenwärtig eine Lehre; unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt müssen noch 15 % berufsschulpflichtiger Jugendlichen ohne Lehrverhältnisse dazugerechnet werden, deren Ausbildung allein von der schmalen Begleitung durch die Berufsschule wahrgenommen wird bzw. werden müßte.

Die Majorität des Nachwuchses erhält also ihre berufliche Bildung nach Maßgabe der Möglichkeiten des dualen Systems. Dieses System gibt es in Deutschland seit mehr als einem halben Jahrhundert; es hat sich in diesem Zeitraum „bewährt“ insofern, als es

- bestimmte gravierende Mängel in der Ausbildungssituation gegen Ende des 19. Jahrhunderts beseitigte;
- die Qualifikationsansprüche der Wirtschaft bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ausreichend erfüllte, ohne übermäßige Kosten zu verursachen;
- genügend Spielraum für Differenzierungen enthielt, um einerseits punktuell erforderliche Höherqualifizierungen zu ermöglichen, andererseits auf weiten Gebieten die Lehrarbeitskraft ausbeuten zu können, ohne diesen skandalösen Zustand allzu offenkundig werden zu lassen;
- durch die frühzeitige Einordnung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß über Erziehung zu Gehorsam und Anpassung fast mühelos eine Disziplinierung der abhän-

gigen Arbeitnehmer im Interesse der Unternehmungen zu erreichen; — durch die Beteiligung der Berufsschule den Eindruck öffentlicher Verantwortung für die berufliche Bildung zu erwecken bei gleichzeitiger weit überwiegender Zuständigkeit der Unternehmer;

— durch den Anschluß der Berufsschule an ein differenziertes System des berufsbildenden Schulwesens und Einrichtungen des zweiten Bildungsweges Aufstiegschancen für eine Minorität leistungsfähiger Jugendlichen zu schaffen und so die Möglichkeiten der Artikulation von Unzufriedenheiten zu verringern.

Das duale System ist in der bisher angelegten Form heute kaum noch vertretbar; es ist reformbedürftiger als alle anderen Teile des Ausbildungssektors — obschon von ihm am wenigsten gesprochen wird —, aber es wird sich aller Voraussicht nach nur im Zusammenhang mit einer Gesamtreform des öffentlichen Bildungswesens strukturell verändern lassen. Das hängt damit zusammen, daß die Mängel des dualen Systems nicht nur in der zum Verhältnis zu den steigenden Anforderungen geringer werdenden Effektivität liegen, sondern auch in seinen politisch-gesellschaftlichen Implikationen...

In dem Augenblick aber, wo die berufsstrukturellen Veränderungen schneller als der Generationswechsel vor sich gehen und der volkswirtschaftlich geforderte Vorgang des Berufswechsels eine Mobilität größeren Ausmaßes verlangt, muß die Berufsausbildung relativ entpezialisiert und theoretisiert werden. Zwar werden auch weiterhin Spezialleistungen erlernt werden müssen, mehr sogar als früher, aber in einem Prozeß, der nicht mehr während der Ausbildung für ein ganzes Arbeitsleben vorweggenommen werden kann. Vielmehr muß die Ausbildung in erster Linie die Voraussetzungen für das Erlernen mannigfacher

Spezialleistungen erbringen; das aber heißt unter den Bedingungen einer technischen Zivilisation, daß sie wissenschaftlich werden muß.

Gegenwärtig werden höchstens 10 bis 15 % der Lehrlinge, die in Betrieben der Großindustrie lernen, in einer tendentiell diesen Erfordernissen angehärteten, systematischen und lehrgangsmäßig organisierten Form ausgebildet. Im übrigen bereitet das duale System eine Qualifikationslücke für die technisch-ökonomischen Anforderungen der kommenden Jahrzehnte vor, ein Altersproletariat von nicht mehr einsetzsfähigen Arbeitnehmern im Jahre 2000.

Wären die Mängel des dualen Systems allein von diesem hier angedeuteten Aspekt her bedingt, so läge die konkrete Lösung, d. h. eine ausbildungspolitische, organisatorische, curricular-didaktische und methodische Konzeption für zeitgemäße Berufsausbildung auch nicht auf der Hand. Aber es ließe sich eine Gemeinsamkeit der Interessen aller Beteiligten denken, weil nur das objektiv kurzfristige, betriebsegoistische Interesse an ökonomischer Nutzung der Lehrarbeitskraft gebrochen werden müßte. Tatsächlich aber ist die Situation sehr viel schwieriger aufgrund der politisch-gesellschaftlichen Implikate des dualen Systems, offen beim Namen genannt: aufgrund seiner antidemokratischen Tendenzen. Wolfgang Lempert hat sie mit drei Aspekten gekennzeichnet:

- das Weiterwirken ständischer Wertvorstellungen, faßbar in dem Votum für die praktischen Erfahrungen gegen Entfaltung des Intellekts, wie sie in der noch immer von der Majorität der Lehrlinge durchlaufenden handwerklichen und kaufmännischen Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben wirksam sind und mit dem bis heute in der Diskussion gebliebenen Blödsinn verteidigt werden, ein Übermaß an intellektueller Schulung gefährde die personalen Qualitäten;
- das Erbe der Klassengesellschaft, erkennbar in Verzicht auf eine politische Kritik der Technologie auch in der im übrigen hinreichenden Berufsbildung der Minderheit in der Großindustrie; und schließlich

— die Konsequenzen in Gestalt der Trennung von Theorie und Praxis, Bildung und Ausbildung, Aufstieg und Beruf.

Besondere Bedeutung für den Durchbruch einer neuen, kritischen Richtung der Berufspädagogik und für die Möglichkeiten ihrer bildungspolitischen Wirksamkeit kommt einer von Wolfgang Lempert und Heinrich Ebel vorgelegten Studie zu, Kernpunkten des dualen Systems zu, ein Lehrstück sozialwissenschaftlicher Empirie im Dienste pädagogischer Forschung. Die Resultate der Erhebungen sind im Kontext zu lesen mit einem von Lempert gleichzeitig vorgelegten internationalen Vergleich industriestaatlicher Ausbildungssysteme:

Das deutsche System hat mit seinen hohen Lehrlingszahlen und verhältnismäßig gleich langen Lehrzeiten in den verschiedenen Berufen zu einem paradox anmutenden Zustand geführt, nämlich: je besser die Ausbildung, desto geringer der Erfolg (gemessen an der Leistung einer vollwertigen Fachkraft dieses Berufs), je schlechter die Ausbildung, desto höher der Leistungsgrad der Lehrabsolventen. In den Berufen, für die die ausländischen Systeme lange Lehrzeiten ansetzen und hohe Anforderungen zu erfüllen sind, bleiben die deutschen Lehrlinge trotz gründlicher Ausbildung hinter ihren ausländischen Kollegen zurück; in den

Berufen, für die im Ausland nur kurze oder gar keine Lehrzeiten vorgesehen sind, erreichen die deutschen Lehrlinge trotz mangelhafter Ausbildung und trotz großen Leerlaufs einen fast hundertprozentigen Ausbildungserfolg am Ende der Lehrzeit, d. h. sie ersetzen dem Betrieb mindestens während des letzten Lehrjahres voll einen Facharbeiter zu niedrigen Kosten.

Aufgrund der im einzelnen genau nachgewiesenen und methodisch sauber diskutierten Verhältnisse leitet Lempert Folgerungen für die notwendige Reform ab:

- Verlängerung der Vollscholezeit auf zehn Jahre mit Einschluß beruflicher Grundausbildung zur Erhöhung der Startqualitäten und Vergleichmäßigung der Ausbildungschancen;
- Rationalisierung der betrieblichen Lehre durch strenge öffentliche Kontrolle und gegebenenfalls, sofern die Unternehmer sich der Aufgabe versagen, Einrichtung schulischer Lehrlingsausbildung;
- Bemessung der Lehrzeitdauer nach dem tatsächlichen Leistungsstand, und zwar sowohl objektiv, d. h. unterschieden nach den Berufen, als auch subjektiv, d. h. unterschiedlich für die einzelnen Lehrlinge desselben Berufes nach Maßgabe ihrer Fortschritte und ihres Engagements.

umfassende Bildung aller Kinder ein, und sie betonten immer wieder die Notwendigkeit der engen Verbindung von Lernen, Arbeiten und politischem Kampf. Darauf fußend entstanden auch die Prinzipien sozialistischer Bildungspolitik, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Staatlichkeit, Einheitlichkeit, Welllichkeit, Unentgeltlichkeit, Wissenschaftlichkeit, Gleichheit.

Ein Wesenszug individueller wie gesellschaftlicher Tätigkeit ist ihre Zielorientiertheit. Das trifft in besonderem Maße auf die pädagogische Tätigkeit zu. Die sozialistische Pädagogik hat der Zielbestimmung stets besondere Bedeutung beigemessen; das Ziel nimmt bei der Planung und Gestaltung pädagogischer Prozesse die Funktion einer Führungsgröße ein.

Wie alle sozialistischen Länder stützt sich auch die DDR in der Frage des allgemeinen, übergreifenden Zieles der Bildung und Erziehung auf Karl Marx. Von ihm stammt die Zielbestimmung der „allseitig entwickelten Persönlichkeit“, von der bürgerliche Theoretiker in Vergangenheit und Gegenwart nicht müde wurden und werden, sie als Utopie zu deklarieren und zu diffamieren. Die Erfolge der Bildungspolitik in den sozialistischen Ländern legen ein eindeutiges Zeugnis davon ab, daß dieses Ziel real und erreichbar ist, wenn die politischen und ökonomischen Bedingungen dafür gegeben sind.

Beruf und Bildung in der DDR

Prof. Dr. Arnold Knauer

Direktor des Deutschen Instituts für Berufsbildung, Professor für Berufspädagogik an der Humboldt-Universität Berlin

Was uns in der Deutschen Demokratischen Republik anbelangt, so hat sich Wilhelm Liebknechts Grundthese bestätigt, daß Bildung nicht automatisch Macht bedeutet, sondern Macht der Arbeiterklasse Bedingung für die Bildung aller ist. Im Mittelpunkt unseres Handelns stehen der werktätige Mensch, die Befriedigung seiner materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse, die Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit.

Und ich wähle als zweiten Einstieg zur Behandlung des Themas Beruf und Bildung ein bekanntes Zitat von Karl Marx:

„Unter Bildung verstehen wir drei Dinge. Erstens: Geistige Bildung. Zweitens: Körperliche Ausbildung. Drittens: Polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilt und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementaren Instrumente aller Geschäfte.“¹⁾

Damit möchte ich gleich zu Anfang einen weiteren unveräußerlichen

Grundpfeiler sozialistischer Bildungspolitik postuliert haben: die untrennbare Einheit von Bildung und Ausbildung, von humanistischer und realer Bildung, von Schule und Leben, von Theorie und Praxis, einschließlich politischem Kampf.

Der Kampf der Arbeiterklasse für eine höhere und bessere Bildung spiegelt sehr deutlich wider, daß diese Fragen in Theorie und Praxis eine konkrete Form der Klassenauseinandersetzung waren und sind. Die fortschrittlichen Arbeiterparteien und Gewerkschaften folgten seit ihrem Bestehen den Marxschen Gedanken. Sie traten für eine

Die allseitig entwickelte Persönlichkeit als übergreifende, für alle gesellschaftlichen Erziehungsträger verbindliche Zielvorstellung ist in der Verfassung der DDR verankert.²⁾ Dieses allgemeine Ziel der Bildung und Erziehung bedarf, um als Führungsgröße in der konkreten pädagogischen Arbeit wirken zu können, der institutionellen Entscheidung sowie der Präzisierung und Konkretisierung auf die einzelnen Stufen des Schul- und Bildungswesens. Im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem — dem dritten Bildungsgesetz in der Geschichte unserer Republik — heißt es dazu:

„Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.“³⁾

Für die Berufsausbildung der heranwachsenden Generation erfolgte 1968 eine weitere Präzisierung in den nach breiter öffentlicher Aussprache von der Volkskammer der DDR beschlossenen „Grundsätzen für die Berufsausbildung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem.“

Für die Weiterbildung der Erwachsenen erfolgte 1970 gleichfalls eine Zielpräzisierung; auch in ihr ist die „all-

¹⁾ In Instruktionen an die Delegierten des provisorischen Generalrates zu einzelnen Fragen (in engl. Sprache). Deutsche Fassung nach „Der Vorbock“, Nr. 10/11/1866.

²⁾ Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, § 25, Abs. 2. Staatsverlag der DDR, Berlin 1968, S. 25.

³⁾ Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. In: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 6/1965.

seitig entwickelte Persönlichkeit" dialektisch aufgehoben.

Zur praktischen Realisierung dieser konzeptionellen Zielvorstellungen wurde in der DDR das einheitliche sozialistische Bildungssystem geschaffen. Seinen strukturellen Aufbau zeigt das nachfolgende Schema.

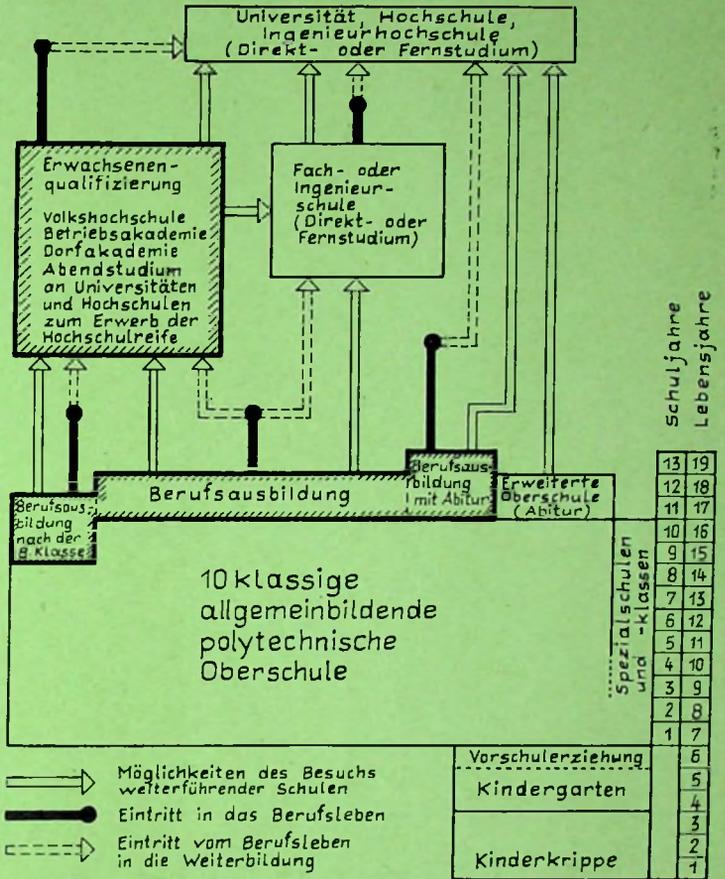
Die Berufsausbildung baut in der DDR grundsätzlich auf der allgemeinbildenden zehnklassigen Oberschule auf.⁴⁾ Diese Oberschule ist polytechnisch orientiert, d. h. sie vermittelt auch jene polytechnischen Kenntnisse und Fertigkeiten, wie sie Marx' Bildungsdefinition impliziert — nicht als vorweggenommene Berufsausbildung, sondern als Bestandteil der Allgemeinbildung. In der Regel dauert die Berufsausbildung zwei Jahre, für Berufe mit hohen Anforderungen besteht auch die dreijährige Form, die zugleich die Hochschulreife vermittelt (im Jahr 1971: 16 000 Neuaufnahmen). Von den Schülern, welche die Oberschule erfolgreich absolviert haben, erlernen über 99 Prozent einen Beruf oder besuchen weiterführende Stufen des Bildungssystems. Danach kann man in der DDR mit vollem Recht von einer fast völlig durchgesetzten zwölfjährigen Schulpflicht sprechen, an deren Ende für ihre Absolventen das Recht zum Besuch der Fach- (Ingenieur-) oder Hochschule zuerkannt wird — nicht im engen Sinn eines Zertifikates, sondern als Bestätigung gesellschaftlicher Reife.

Wir sprechen bewußt vom einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, weil ihm in der Tat alle Wesensmerkmale eines Systems eigen sind: Teilsysteme und Elemente; Funktionen, Relationen, Struktur und Organisation; inputs und outputs. In die Sprache der Bildungspolitik übersetzt ist dieses Bildungssystem gekennzeichnet durch Durchlässigkeit, Gleichwertigkeit der Bildungswege, enge Beziehungen zu anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, von Bildung und Ausbildung.

Als soziale und politische Interessenvertreter der Werktätigen haben die Gewerkschaften das Recht auf Mitbestimmung in der berufsanalytischen Tätigkeit, der Ausarbeitung von Berufsbildern und -systematiken, von Lehrplänen, Lehrbüchern und Lehrmitteln sowie auf Kontrolle ihrer tatsächlichen Verwirklichung.

Entsprechend der gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung vollzogen sich in den letzten Jahren in allen sozialistischen Staaten des RGW umfangreiche qualitative und quantitative Veränderungen im Inhalt, in der Anzahl und in der Profilierung der Ausbildungsberufe. Auf der Grundlage des genannten Volkskammerbeschlusses⁵⁾ wurde z. B. in der DDR in den Jahren 1968 bis 1971 der Inhalt aller Ausbildungsberufe neu bestimmt. Das war ein Akt wahrhaft sozialisti-

Struktur des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in der DDR



- ➡ Möglichkeit des Besuchs weiterführender Schulen
- Eintritt in das Berufsleben
- > Eintritt vom Berufsleben in die Weiterbildung

Vorschulziehung	6
Kindergarten	5
	4
	3
	2
Kinderkrippe	1

scher Demokratie. An der Neubestimmung des Inhalts waren viele Tausende Staatsbürger aktiv beteiligt: Arbeiter und Angestellte, Wissenschaftler, Ingenieure und Meister, Pädagogen, Gewerkschaftsfunktionäre wie Jugendvertreter. Es wurden unter starrer staatlicher und gründlicher wissenschaftlicher Anleitung

- umfassende Berufsanalysen und Berufsbilder erarbeitet und nach gründlicher Überprüfung und Erprobung 307 Ausbildungsberufe entsprechend dem differenzierten Bedarf der Volkswirtschaft festgelegt

sowie die dazu erforderlichen Rahmenausbildungsunterlagen beschlossen;

- eine neue berufliche Grundlagenbildung für alle Abgänger der 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule eingeführt und das Profil aller Ausbildungsberufe durch Erhöhung des Anteils theoretischer Bildungstoffe erweitert;
- ein neuer Berufstyp mit besonders breitem Inhaltsprofil, der Grundberuf, eingeführt. Heute wird in der DDR in 28 Grundberufen ausgebildet.

Die Schaffung von Grundberufen und die Verbreiterung des Inhalts aller Ausbildungsberufe haben in der DDR die allgemeine Tendenz zur Verringerung der Anzahl von Ausbildungsberufen beschleunigt, die Planung und Effizienz der Berufsausbildung sowie die Berufswahl begünstigt. Gab es 1957 noch 972 Ausbildungsberufe in der DDR, so betrug ihre Anzahl 1967/68

⁴⁾ Gegenwärtig verlassen noch etwa 13 Prozent der Schüler die allgemeinbildende Schule nach der 8. Klasse. Ihre Berufsausbildung dauert grundsätzlich drei Jahre, während der die Allgemeinbildung relativ breit weitergeführt wird. Bis zum Ende der 70er Jahre werden alle Kinder die allgemeinbildende Schule bis zur 10. bzw. 12. Klasse besuchen.

⁵⁾ Grundsätze für die Berufsausbildung im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, o. a. O.

455 (darunter vier Grundberufe) und 1971/72 307 (darunter 28 Grundberufe). Diese Ausbildungsberufe befriedigen mit ihren 750 aufbauenden Spezialisierungen den volkswirtschaftlichen Bedarf für das nächste Jahrzehnt.

Der Inhalt der Ausbildungsberufe in der DDR ist ähnlich wie in allen sozialistischen Staaten gegliedert in eine berufliche Grundlagenbildung und eine berufliche Spezialisierung. Die berufliche Bildung baut konsequent auf der hohen Allgemeinbildung der obligatorischen zehnklassigen polytechnischen Oberschule auf. Sie führt diese fort und nutzt sie ständig durch Herstellen didaktischer Bezüge sowohl im theoretischen als auch im praktischen Unterricht. Soweit in der DDR noch Jugendliche nach Absolvierung der 8. Klasse ein Lehrverhältnis eingehen, werden sie in mindestens fünf Fächern im Berufsschulunterricht an das Niveau der 10. Klasse herangeführt.

In der Berufsbildung werden die Voraussetzungen des künftigen Fortschritts geschaffen. In und für die Berufsbildung arbeiten, das bedeutet für die Zukunft zu wirken. Die Lehrkräfte der Berufsbildung werden in den nächsten Jahrzehnten generell einen Hochschulabschluß auf pädagogisch-erzieherischem und fachlichem Gebiet besitzen müssen. Es wird keine unterschiedliche Wertung der beiden Arten des beruflichen Unterrichts mehr geben, denn die Anforderungen an die Lehrkräfte im heutigen „berufspraktischen Unterricht“, ihre erforderlichen erzieherischen Fähigkeiten, ihre benötigten Fachkenntnisse und die Voraussetzungen für eine gekonnte didaktische Umsetzung der immer komplizierter werdenden Technologie der Arbeit verlangen ein überproportionales Anwachsen gerade ihrer Qualifikation.

Der Lehrende in der Berufsausbildung der Zukunft ist Lehrer für den theoretischen und berufspraktischen Unterricht zugleich. Er wird nicht mehr „Proletarier der Gelehrtenklasse“ (Marx) sein, sondern ein allseitig gebildeter Fachlehrer und Erzieher mit Hochschulniveau für die Vermittlung der angewandten Wissenschaft, Technik, Technologie und einer fortschrittlichen Arbeitskultur (die eine wissenschaftliche Arbeitsorganisation zum Wohle des Menschen einschließt) im integrierten Unterricht, nicht im Sinne der Auflösung der Wissenschaftsdisziplinen und Unterrichtsfächer, wohl aber im Sinne der Fusion von Theorie und Praxis im lehrgangmäßig aufbereiteten Unterricht mit wechselnden Lehr- und Lernmethoden höchstmöglicher Effektivität.

Die aufgezeigte zunehmende Integration von Berufsbildung und Allgemeinbildung im Sinne der Überwindung einer „isolierten Berufsausbildung“ durch „eine beruflich akzentuierte „allgemeine“ Bildung“⁴⁾ läßt sich freilich nur verwirklichen durch eine entschiedene Erhöhung der pädagogischen Verantwortung des Betriebes.

Sie bedingt, daß „der Betrieb selbst zum Kristallisationspunkt von Kultur und Bildung wird und die pädagogische Funktion des Betriebes gleichberechtigt neben seine produktive tritt“.⁵⁾ Das aber ist nur möglich durch eine Änderung der „Sozialverfassung des Betriebes“, die sich wiederum im Einklang befinden muß mit der „politischen Ver-

fassung der ihn umgebenden Gesellschaft“.

Diese Übereinstimmung setzt einen Gleichklang der Ziele von Bildung und Wirtschaft in einem solchen Grade voraus, daß sich die Zielsetzung der Ökonomie mit dem Bildungsziel der Gesellschaft identifiziert. Das aber ist nur möglich im Sozialismus.

Anpassung des Bildungswesens

Dipl. oec. Willi Gerns

Journalist, Bremen, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Wenn man nach den Ursachen fragt, warum das Großkapital, seine Verbände und politischen Parteien, die noch vor wenigen Jahren die Misere in Bildung und Ausbildung totzuschweigen versuchten, heute den Bildungsnotstand in gewissen Grenzen selbst aufdecken und nach gewissen Veränderungen streben, so ist vor allem auf zwei Faktoren hinzuweisen:

1. Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Rückständigkeit des Bildungswesens in der Bundesrepublik hat eine solche Zuspitzung erfahren, daß er zu einer Schranke für das Profit- und Machtstreben des Großkapitals geworden ist. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften in Wissenschaft, Wirtschaft und Forschung droht zu einer ersten Gefahr für die Wachstumsmöglichkeiten der Industrie und damit für die Möglichkeiten der Profitmaximierung und Expansion der Konzerne der Bundesrepublik zu werden.

2. Hierzu kommt, daß das spätkapitalistische System der Bundesrepublik unter einem doppelten politischen Druck auf dem Gebiet des Bildungswesens steht. Einerseits ist die Bewegung der Schüler und Studenten, der Lehrlinge und jungen Arbeiter, der Lehrer und Eltern, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen für eine demokratische Bildungsreform in der Bundesrepublik selbst immer mächtiger geworden. Diese Bewegung kann zu einer Gefahr für das System werden, wenn es nicht gelingt, ihr durch partielle Lösungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Andererseits steht das spätkapitalistische System der Bundesrepublik gerade in der Bildungspolitik unter einem

besonders starken Druck der Systemkonkurrenz mit der sozialistischen DDR, deren vorbildliches Bildungswesen heute von niemandem mehr gelehnet werden kann, der ernstgenommen werden will.

Dabei geht es dem Großkapital und seinen politischen Vertretungen darum, solche Veränderungen im Bildungswesen vorzunehmen, die das kapitalistische Profit- und Herrschaftssystem effektiver gestalten und dadurch sowohl Voraussetzungen für den Ausbau der Macht der Konzerne im Innern wie für ihre weitere Expansion nach außen schaffen. Zu diesem Zweck soll das Bildungswesen an den veränderten Arbeitskräftebedarf der Großindustrie angepaßt werden. Diese Linie bestimmt sowohl die Vorstellungen der Unternehmerverbände wie die der etablierten Parteien, sie bestimmt auch die Praxis der Bildungspolitik der Bundesregierung.

Das Interesse der Arbeiter und Angestellten an sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Fortschritt verlangt dagegen eine grundlegende Bildungsreform. Ein wichtiges Kriterium für eine demokratische Bildungsreform besteht darin, daß diese weder durch systemimmanente, das großkapitalistische System stabilisierende Detailveränderungen am spätkapitalistischen Bildungswesen noch als isoliertes Ziel, sondern nur in dem Maße verwirklicht werden kann, wie sie Teil des Kampfes um eine demokratische Alternative zur gesamten Politik der Herrschenden ist. Der Kampf um eine demokratische Bildungsreform muß untrennbarer Bestandteil des Kampfes um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals, um die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft sein.

Die Ausführung von Kollegen Dr. Knauer in unserer Arbeitsgemeinschaft haben erneut gezeigt, wie weit die DDR auf diesem Gebiet der Bundesrepublik voraus ist. Im Interesse der Erhaltung des großkapitalistischen Systems müssen die Herrschenden darum nach Lösungen suchen, die den Druck der Systemkonkurrenz mildern.

⁴⁾ Groothoff, H. H.: Arbeitswelt und Menschenbildung. In: Septembargesellschaft, Neuordnung des beruflichen Bildungswesens, S. 85.

⁵⁾ Baethge, Martha: Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 1970, S. 12.

Bildung und Herrschaft in der Bundesrepublik

Dr. Werner Petschick

Redakteur der „NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Frankfurt/Main

Noch immer erhält nur eine Minderheit von höchstens 10 bis 15 Prozent der Lehrlinge in den Großbetrieben einen Ausbildungsplatz, der tendenziell eine etwas bessere Qualifizierung bietet; noch immer ist die theoretische Kenntnisvermittlung der Berufsschule nicht mit der betrieblichen Ausbildung koordiniert und beträgt im Durchschnitt nur sechs Wochenstunden — in Nordrhein-Westfalen heute sogar weniger als vor 40 Jahren. Noch immer werden, wie Otto Brenner auf der zweiten internationalen Arbeitstagung der IG Metall feststellte, „die Lehrlinge nicht nur schlecht, sondern auch in Berufen ohne Zukunft ausgebildet“.

Ein Anfang 1972 in München stattgefundener Kongreß der vom Großkapital beherrschten Unternehmerverbände zur beruflichen Bildung hat erneut bestätigt: Die Unternehmer wollen die Form der dualen Ausbildung zementieren und partielle Veränderungen nur insoweit zulassen, wie die berufliche Bildung noch stärker der Profitmaximierung und der Sicherung der kapitalistischen Herrschaftsstrukturen untergeordnet werden kann. Einen ähnlichen Standpunkt vertritt auch die den Unternehmerverbänden nahestehende CDU/CSU.

Der reaktionäre Standpunkt der Unternehmerverbände gipfelte in der Drohung eines ihrer Vertreter in München: Wer das duale Ausbildungssystem beseitigen wolle, würde gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen und stünde somit nicht mehr auf dem Boden der Verfassung. Dies zeigt: Jeder, der die Alleinherrschaft des Kapitals in der beruflichen Bildung auch nur anzutasten versucht, wird als Umstürzler diffamiert und sogar als Verfassungsfeind verleumdet.

Angesichts der Herrschaftsverhältnisse im Bereich der beruflichen Bildung, wie auch in allen anderen Lebensbereichen, die durch eine hauchdünne Schicht von Kapitaleigentümern, gekennzeichnet sind, die mit der ökonomischen Macht auch über politische Macht verfügen, ergibt sich für die gewerkschaftliche Strategie zur Überwindung der grundlegenden Mängel in der beruflichen Bildung die Schlußfolgerung, die bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse zu verändern. Alternativen und Forderungen zur Lösung der Bildungskrise können nur in dem Umfang im Interesse der Arbeiterklasse durchgesetzt werden, wie es gelingt, die Herrschaft des Großkapitals einzuschränken und schließlich ganz zu überwinden.

Allerdings kann sich diese Erkenntnis nicht nur auf den Bildungssektor be-

schränken, sondern gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche, die hier auf dieser Tagung diskutiert werden. Somit besteht ein enges Wechselverhältnis zwischen den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen nach Mitbestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum sowie demokratischer Pla-

Profitstreben blockiert Bildung

Dr. Heinz Schäfer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Otto Brenner verweist in seinem Referat „Perspektiven der deutschen Mitbestimmung“ darauf, daß die Unternehmer große Anstrengungen unternehmen, um durch Bagatellzugeständnisse die Arbeiter und Angestellten „an den Betrieb und dessen Gemeinziel zu binden, d. h. die Entwicklung eines kollektiven politischen Bewußtseins zu hintertreiben“.

Aufgabe der Bildung, vor allem auch der gewerkschaftlichen Bildung, muß gerade darin bestehen, ein solches kollektiv-politisches Bewußtsein zu schaffen, das notwendigerweise anti-kapitalistisch ist. Aber die Unternehmer lassen es nicht nur dabei, die Arbeiter und Angestellten an das betriebliche Gewinnziel zu binden, sondern an das Profitsystem.

Sie unternehmen daher, vor allem über die Spitzen der Unternehmerverbände und der von ihnen beherrschten oder ihnen nahestehenden Publikationen, gerade in letzter Zeit große Anstrengungen, um das Profitstreben, das in zunehmendem Maße von den Gewerkschaften attackiert wird, salonfähig zu halten. Bedeutungsvoll, auch im Hinblick auf die Qualität gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, ist, daß der Vorsitzende des DGB, Kollege Heinz O. Vetter, hier mit aller wünschenswertesten Offenheit erklärte: „Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums.“

Bei einer näheren Untersuchung, die wir uns hier leider aus Zeitgründen versagen müssen, würden wir zu dem Ergebnis kommen, daß es nur ein Prinzip gibt, das hier herrscht, und das auch das Wachstum bestimmt; das ist das Profitprinzip, genauer: das Streben

und einer grundlegenden Reform des Bildungs- und Berufsbildungssystems. Solange die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse nicht angetastet werden, kann kein echter Fortschritt zur Lösung der Bildungskrise erreicht werden.

Auf der anderen Seite helfen Teilforderungen im Bildungsbereich mit, die von den Gewerkschaften angestrebte „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft“ zu realisieren. Dieses Wechselverhältnis bestätigt auch die Richtigkeit der Grundthesen von Wilhelm Liebknecht, die schon Knauer anführte: „Nur wenn sich das Volk politische Macht erkämpft, öffnen sich ihm die Pforten des Wissens.“

nach einer höchsten Profitrate. Alle Fragen, die auf dieser internationalen Arbeitstagung zur Diskussion stehen, von der Bildung, dem Verkehr, der Umwelt, der Gesundheit, bis hin zu den Fragen der Demokratisierung, stoßen bei ihrer Lösung auf die vom Profit gesetzten Schranken.

Der Trieb nach Profit ist maßlos, er führt zur Akkumulation des Kapitals, zur Konzentration und Zentralisierung des Kapitals. Kollege Brenner, der darauf verweist, daß allein 1970 und 1971 beim Bundeskartellamt ebenso viele Zusammenschlüsse von Großunternehmen registriert wurden, wie in den vorangegangenen zwölf Jahren, kommt zu dem Ergebnis, daß damit das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten des privaten Kapitals verändert wurde.

Auch Kollege Vetter hob hervor, „daß ohne die Gretchenfrage nach den Bedingungen privatwirtschaftlicher Produktion und privater Macht“ die gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst werden können.

Was ergeben sich für Folgerungen daraus? Wer das Profitprinzip beseitigen will, der muß dessen Grundlage beseitigen, das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Gewerkschaften haben in ihrem Grundsatzzprogramm und der in ihr enthaltenen sogenannten Troika — Mitbestimmung, demokratische Planung und Überführung von Schlüsselindustrien sowie markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum — gangbare Wege aufgezeigt. Die Behandlung der wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge ist von großer praktischer Bedeutung, vor allem auch im Kampf um die Sicherung und den Ausbau des sozialen Besitzstandes.

Bildungsurlaub - und der Inhalt?

Dr. Robert Steigerwald

Journalist, Eschborn; Sekretär des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Daß jegliche Diskussion über die Qualität der Zukunft gesellschaftlichen Lebens die Bildungsfragen einschließen muß, ist eine von niemandem bestrittene Binsenweisheit. Folglich gehört auch die Frage des Bildungsurlaubs in den Bereich unserer Diskussion. Bis Mitte Mai vergangenen Jahres gab es hierzu in der Bundesrepublik 30 Initiativen und in einer entsprechenden Bibliografie 63 Titel. Die verschiedenen Stellungnahmen lassen sich leicht gliedern.

Da sind zunächst die der Unternehmenseite, also die prokapitalistischen. Hierzu gehören nicht nur die offenen Unternehmerstellungen, sondern auch die scheinbar neutral vorgehenden, die nur im Rahmen der vorgegebenen Zweck-Mittel-Relationen argumentieren, also nur unter dem Gesichtspunkt der Grenzen des bestehenden, des kapitalistischen Systems an unsere Frage herangehen.

Sodann gibt es Initiativen von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite. Leider muß hierzu kritisch angemerkt werden, daß sie den Rahmen des traditionellen sozialdemokratischen Bildungsreformismus nicht überschreiten. Wie wenig sie versuchen, auch nur

die Grenzen des bestehenden Systems anzuvisieren, erkennt man schon daraus, daß sie in der Regel der Unternehmenseite die angebotene Lösung unter dem Gesichtspunkt schmackhaft machen wollen, ihnen zu suggerieren, das Ergebnis sei eine höhere Arbeitsproduktivität und diese damit auch im Interesse der Kapitaleseite.

In der Argumentation der Unternehmenseite überwiegt die wirtschaftlich begründete Ablehnung: Dem Kapital könne die mit dem Bildungsurlaub zusammenhängende finanzielle Belastung nicht aufgebürdet werden. Sodann wird auf die gewaltigen organisatorischen Probleme eines Bildungsurlaubs verwiesen.

All unser Kampf um den Bildungsurlaub — er mag schließlich erfolgreich sein, und das wäre ein großes Ergebnis für die Arbeiterklasse — wird nicht dazu führen, daß wir diese Probleme in den offiziellen Einrichtungen des Systems klären können. So sehr jeder Schritt in Richtung auf den Bildungsurlaub mit ganzer Kraft unterstützt werden muß; bestimmte Grundfragen müssen dennoch letztlich in den Reihen der Arbeiterbewegung geklärt werden:

Wie stehen wir zu Kapitalismus und Sozialismus? Welche Vorstellungen haben wir davon, die Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft zu lösen: soll das innerhalb des Systems oder durch seine Überwindung geschehen? Jede der beiden möglichen Antworten setzt eine andere Bildungspolitik voraus. Sie setzt auch eine andere Bewältigung des Konfliktproblems in der Arbeiterbewegung selbst voraus: Was muß hauptsächlich vermittelt werden: die systemimmanente Vertuschung oder ihre Ausnutzung zum Kampf für den Sozialismus? Wozu also wollen wir letztlich bilden?

Und es gehört hierzu ein weiterer Komplex von Fragen: Was für eine Arbeiterbewegung ist dazu notwendig? Wie steht es um die eigenen Bildungseinrichtungen der Arbeiterbewegung? Wie steht es um ihre eigenen Meinungsbildungsinstrumente? Kann eine Arbeiterbewegung auf die Dauer erfolgreich sein, die auf ihre eigenen Meinungsbildungsinstrumente (z. B. Tageszeitungen) verzichtet hat und nur Ansprüche an das bestehende — kapitalistische — System stellt, Ansprüche, die dazu noch im Rahmen des Systems, im Interesse der Steigerung seiner Produktivität gelöst werden sollen?

Das sind sehr ernsthafte Fragen; und es kann nicht der Sinn einer bildungspolitischen Diskussion über die Qualität der Zukunft sein, die erforderlichen näheren und ferneren Zusammenhänge zu verkleistern.

Qualität der Gesundheit: Eine gesellschaftliche Aufgabe

In der Arbeitsgruppe „Qualität der Gesundheit“ fand das Referat Olaf Radkes vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall besondere Beachtung. Radke forderte die Abkehr vom System der freipraktizierenden Ärzte und verlangte, das gesamte Gesundheitswesen zu einer staatlichen, öffentlichen Angelegenheit zu machen. Im Mittelpunkt diesbezüglicher Reformen müsse das „klassenlose Krankenhaus“

stehen, das die Patienten — unabhängig von ihrer sozialen und gesellschaftlichen Stellung — allein nach den medizinischen Erfordernissen zu betreuen habe. In welchem Maße auch im Gesundheitswesen der BRD Profitgesichtspunkte vorherrschen, denen die Interessen der Patienten untergeordnet werden, veranschaulichte — neben Radke — vor allem Dr. von Heiseler in seinem Diskussionsbeitrag.

Gesundheit ohne Diskriminierung

Olaf Radke

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall für die BRD

Bei der Untersuchung der Struktur unseres Krankenhauswesens stößt man auf die merkwürdige Tatsache, daß das Krankenhauswesen erst in diesem Jahr — also im Jahre 1972 — durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz zur öffentlichen Aufgabe erklärt wurde. Es bleibt aber trotzdem jeder öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft — Gemeinde, Landkreis oder Stadt — überlassen, ob sie für die Bürger ihrer Gemeinde eine entsprechende stationäre

Krankenvorsorge trifft. Zur öffentlich-rechtlichen Pflichtaufgabe — wie beispielsweise das Schulwesen — ist die Krankenhausvor- und -fürsorge nicht erklärt.

Das System unseres Krankenhauswesens ist weder nach modernen gesundheitspolitischen Gesichtspunkten formiert, noch beruht es auf einer gesundheitspolitischen Konzeption. Letztlich wirkt hier der Gedanke des mit-

telalterlichen Armenhospitals noch nach. Dieses Hospital war Asyl für Arme und Kranke, die sich selbst nicht mehr helfen konnten, die praktisch nur Unterkunft erhielten, ohne daß die medizinische Seite einer Gesundheitsvor- oder -fürsorge eine Rolle spielte. Zu dieser Zeit lag auch die Krankheitsfürsorge in der Familie.

Mit der Entwicklung zur Industriegesellschaft haben sich die sozialen Bedingungen geändert.

Das sogenannte Regelkrankenhaus muß heute für einen bestimmten Einzugsbereich eine wesentlich höhere Bettenzahl bereitstellen, als es noch vor 50 Jahren denkbar war. Dies hängt nicht etwa mit einer höheren Krank-

heitsanfälligkeit zusammen, sondern mit den Bedingungen der Therapie, die nicht mehr durch und in der Familie erbracht werden können.

Wenn das aber so ist — und es kann hier nur grob und skizzenhaft angedeutet werden —, bleibt es unverstänlich, warum das Krankenhauswesen keine öffentlich-rechtliche Pflichtaufgabe ist. Die öffentliche Hand muß also ein System von Krankenhäusern zur Verfügung stellen, das in sich gegliedert sein muß, etwa nach folgendem Schema:

Einfache Krankenhäuser, für Fälle, die stationäre Behandlung aus medizinischen oder sozialen Indikationen verlangen ohne besondere medizinisch-technische Spezialisierung. Auf eine bestimmte Anzahl solcher Krankenhäuser kommt ein

Schwerpunkt Krankenhaus, das voll ausgebaut ist mit allen therapeutischen Notwendigkeiten. Dieses Schwerpunktkrankenhaus muß ergänzt werden durch

Spezialkrankenhäuser für schwierige medizinische Therapie (z. B. Unfallkrankenhaus, Gehirn- und Herzchirurgie usw.).

Wer ist in diesem Zusammenhang nun eigentlich als öffentliche Hand anzusprechen, der diese Aufgabe zukommt? In unserem Bereich der Bundesrepublik haben wir es mit dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu tun.

Das Gesundheitswesen ist konkurrierende Gesetzgebung; es obliegt also sowohl dem Bund als auch den Ländern.

„Klassenloses“ Krankenhaus

Die Errichtung von Krankenhäusern erfolgt im allgemeinen durch die Kommunen: durch die Gemeinden oder Landkreise. Ein großer Bereich der Krankenhäuser wird durch einen sogenannten frei-gemeinnützigen Träger unterhalten, also mehr oder minder privaten. Die Finanzierung dieser freigemeinnützigen Träger erfolgt aber ebenfalls durch die öffentliche Hand. Die Einrichtung von Krankenhäusern den Gemeinden als öffentliche Pflichtaufgabe zu übertragen, geht im Regelfall über ihre Finanzkraft hinaus, sieht man von den kreisfreien Städten bzw. Großstädten ab. An die Stelle der Gemeinden müßten dann die Landkreise treten. Aber auch hier ist trotz der territorialen Verwaltungsreform die Struktur- und Finanzkraft der Landkreise so unterschiedlich, daß ohne Ausgleich ein vernünftiges System nicht entstehen kann.

Erforderlich wird also sein, öffentlich-rechtliche Pflichtverbände zu schaffen, die als Trägerverbände das Krankenhauswesen zu organisieren haben. Pflichtmitglieder dieser Trägerverbän-

de müßten alle Landkreise und kreisfreien Städte werden. Die erforderlichen Investitionsmittel sind anteilmäßig von den Mitgliedern des Trägerverbandes nach bestimmten Schlüsselzahlen zu erbringen sowie durch Zuschüsse von den Ländern und dem Bund.

Diese Krankenhäuser dürfen nicht mehr nach Klassenstrukturen organisiert werden, sie müssen, um das Schlagwort zu gebrauchen, „klassenlos“ sein, d. h. für jeden Patienten die gleiche Unterbringungs-, Verlegungs- und Behandlungschance bieten. Die Probleme der Sonderansprüche, z. B. Telefon am Bett, Sonderverpflegung usw., sind Randprobleme, die geregelt werden können, ohne den Grundsatz der Klassenlosigkeit zu durchbrechen. Es ist aber widersinnig, solche Randprobleme als Zentralprobleme zu stülpern.

Keine Privatliquidation

Das Chefarztwesen muß ebenfalls neu durchdacht werden. Ansätze sind überall zu finden. Die Privatliquidation in einem öffentlich-rechtlichen Krankenhaus ist ein Anachronismus und Widersinn. Er verletzt gröblich humane Grundsätze.

Dies soll an einer Analogie deutlich gemacht werden: Der rechtsuchende Bürger, dessen Verhältnis zu anderen Bürgern gestört ist, also dem Unrecht geschwiegen ist, kann die Gerichte anrufen. Noch niemand ist auf die Idee gekommen, in diesen Fällen ebenfalls die Privatliquidation einzuführen, d. h. daß der Kläger oder Beklagte eines Prozesses den Richter privat honoriert wegen besonders guter Behandlung.

Noch niemand ist auf die Idee gekommen, die Gerichtskosten nach einer „Aufwand-Nutzen-Theorie“ zu kalkulieren, d. h. die Gerichtskosten danach auszurichten, daß sämtliche öffentliche Investitionen für Gerichts- und Hilfsgebäude sowie für den Personal- und Sachaufwand abgedeckt werden. Diese Analogie ist zulässig und nicht etwa an den Haaren herbeigezogen, um von vornherein dem Einwand des hinkenden Vergleiches zu begegnen. Wenn gleichzeitig die Gesellschaft es für erforderlich hält, die Schulbildung, Lehr- und Lernmittel freizumachen, d. h. auch hier keine „Kosten-Nutzen-Rechnung“ aufzumachen, bleibt unerfindlich, wieso das im Gesundheitswesen nicht gelten soll. Das Bildungssystem auf das System der Privatlehrer auszurichten, würde jeder heute für Irrsinn halten. Unter diesen Aspekten bedarf unser gesamtes Gesundheitswesen einer Revision.

Die eingangs geforderte Organisation der Diagnosezentren kann organisch mit den Krankenhäusern gekoppelt und verbunden werden. Ärzte sollten öffentlich-rechtlich besoldet sein wie Richter und Lehrer. Bei Ärzten er-

scheint es noch erforderlicher als bei Lehrern.

Wenn wir davon ausgehen, daß es heute zwingend erforderlich ist, daß jede Frau über 30 Jahre und jeder Mann über 45 Jahre vorsorglich auf Früh Symptome von Krebs und jedes Kleinkind nach seiner Geburt bis zum 4. Lebensjahr auf Anomalien untersucht werden müßte, wenn wir weiterhin davon ausgehen, daß jeder Auszubildende einer Berufsauglichkeitsuntersuchung bedarf, daß werdende Mütter während der Schwangerschaft einer ständigen ärztlichen Kontrolle unterliegen sollten, so ist nur der Kernbereich der notwendigen Vorsorgeuntersuchungen abgegrenzt. Hinzu kommt die Untersuchung auf Diabetes usw.

Die daraus sich ergebenden Therapiefälle bedürfen einer entsprechenden klinischen Vorsorge.

Die Unvertretbarkeit der heutigen Verhältnisse muß abschließend in einigen Zahlen erläutert werden:

Nachts und an Wochenenden ist kaum ärztliche Hilfe zu finden. Der ärztliche Notdienst funktioniert entweder gar nicht oder nur mangelhaft. Die Müttersterblichkeit beträgt 0,5 % und liegt doppelt so hoch wie etwa in den Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Frankreich und fast sechsmal so hoch wie in Schweden.

In der Krebssterblichkeit der Frauen liegt nach der Statistik der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Bundesrepublik von 25 Ländern an zweitletzter Stelle. Diese Zahl ist alarmierend, selbst wenn man unterstellt, daß diese Statistik erhebliche Fehlerquellen aufweist aufgrund der Erhebungsmethode in den einzelnen Ländern.

In der Krebssterblichkeit der Männer liegt die Bundesrepublik an 20. Stelle und in der Rangfolge der Säuglingssterblichkeit an 14. Stelle.

Staatlicher Gesundheitsdienst

Von dem baulichen Verfall der Krankenhäuser — jedes dritte Krankenhaus ist älter als 50 Jahre — soll hier gar nicht gesprochen werden. Ich scheue mich nicht die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein staatlicher Gesundheitsdienst, der alle diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen hat und der auch bestimmt, daß alle Ärzte öffentlich-rechtlich besoldet werden, eine der Industriegesellschaft organisatorisch angemessene und entsprechende Gesundheitsvor- und -fürsorge wäre.

Diese Forderung wird von den Betroffenen als revolutionär denunziert, als sozialistische und bolschewistische Vermassung abgelehnt werden. Dieser polemische und agitatorische Widerstand darf aber nicht darüber hinwegtä-

schen, daß die jetzt gegebene Struktur den notwendigen Bedarf an Gesundheitsvor- und -fürsorge nicht erfüllt und den medizinischen Bedürfnissen nicht gerecht wird.

Ein staatlicher Gesundheitsdienst widerspricht allein den Interessen der freipraktizierenden Ärzte und der

Ärzte, die ihre Aufstiegschance über das Lehramt an den Universitäten zu einem Chefarzt in einem Klinikum sehen. Wer die Bekämpfung von Krankheit und Krankheitsgefahren als humanitäre Aufgabe sieht, darf an dieser standespolitischen Beschränktheit ärztlicher Argumentation nicht scheitern.

Apotheken angeboten und an sie vertrieben werden soll, wird nicht von Einrichtungen gefällt, die berufsmäßig mit Krankheit und Gesundheit zu tun haben. Die Entscheidungen über die Auswahl der produzierten und vertriebenen Arzneimittel wird vielmehr gefällt von Einrichtungen ganz anderer Art, nämlich den Geschäftsführungen der großen kapitalistischen Unternehmungen der pharmazeutischen Industrie. Einrichtungen also, die berufsmäßig damit beschäftigt sind, Kapital möglichst profitabel zu verwerten, fallen Entscheidungen von wahrhaft gesamtgesellschaftlicher Tragweite, die sich auf die Qualität unserer Gesundheit entscheidend auswirken.

Arzneimittel als Profitobjekte

Dr. Johannes Henrich von Heiseler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Wenn wir uns heute mit der Qualität der Gesundheit, mit der Zukunft des Gesundheitswesens beschäftigen, so sind wir m. E. gezwungen, uns auch mit dem hier in der BRD herrschenden System der Erzeugung und Verteilung der Arzneimittel zu beschäftigen. Der medizinisch - pharmazeutische Forschungsprozeß in der Industrie vollzieht sich in der BRD nach Gesetzen des Marktes, genauer nach den Gesetzen eines weitgehend monopolisierten Marktes.

Ebenso unterliegt die Preisbildung dem Markt, da die Arzneitaxe nur den Apothekenabgabepreis regelt, nicht aber den Fabrikabgabepreis. Im Arzneimit-

telgesetz der BRD ist eine Bedürfnisprüfung aus angeblich verfassungsrechtlichen Gründen nicht enthalten, der Nachweis der therapeutischen Wirksamkeit wird nicht verlangt. Was möglicherweise gesundheitsschädliche Wirkungen angeht, so hat der herstellende Konzern lediglich die Versicherung abzugeben, daß das Arzneimittel entsprechend dem Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis geprüft worden ist. Eine Werbung für Arzneimittel in Laienkreisen ist in der BRD nicht untersagt.

Auf deutsch: Die Entscheidung, ob das Arzneimittel „X“ produziert und Abnehmern: Ärzten, Krankenhäusern,

Dabei sind die Auswirkungen überdeutlich: Während z. B. in der DDR, wo ein dem Staat und der Öffentlichkeit verantwortlicher Zentraler Gutachterausschuß die Entscheidung über die Auswahl der produzierten und vertriebenen Arzneimittel fällt, nur ca. 5000 Arzneimittel produziert und vertrieben werden, sind es in der BRD ca. 60 000. Die Aufklärung über den Skandal einer durch Kapitalverwertungsinteressen gelenkten Arzneimittelproduktion in der BRD, der Kampf für Kontrollinstanzen durch Vertreter der Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und durch Ärztevertreter und der Kampf für eine Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie gehört zu den vornehmsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation.

Planung und Finanzierung: Von wem - für wen?

Seit Jahren geistert durch die Reformdiskussion das Schlagwort von der „öffentlichen Armut“, die angeblich notwendige Reformmaßnahmen in Frage stellt. Dem wird von kritischen Gewerkschaftern entgegengehalten, daß Reformen nicht nur vom Geld, sondern auch vom politischen Willen abhängen. Selbst wo Reformen nichts kosten — wie im Bereich der Betriebsverfassung und der qualifizierten Mitbestimmung — werde nicht „mehr Demokratie“ gewagt. Im übrigen könne man nicht von öffentlicher Armut reden, solange zwischen 25 und 30 Prozent der Bundeselndnahmen allein für unproduktive Rüstung vergeudet würden. Die enormen Zukunftsaufgaben, wie Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens, der Umwelt und

Demokratisierung, die Bestandteil und Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensqualität schlechthin sind, erfordern — das wurde auf der Oberhausener Tagung deutlich — demokratische Planung und demokratische Ausgabenpolitik. Beide sind nur gegen die Interessen der mächtigen Monopole durchzusetzen. Mit Fragen der Finanzpolitik unter dem Blickwinkel der Verbesserung der Lebensqualität befaßte sich in seinem Referat vor dem Tagungsplenum Prof. Dr. Littmann. In der Arbeitsgruppe „Planung und Finanzierung“ liierten die Volkswirtschaftler Eilsabeth Bessau und Willi Gerns kritische Diskussionsbeiträge vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten und Notwendigkeiten demokratischer Wirtschaftsplanung.

Steuern und Staatsausgaben für welche Ziele?

Prof. Konrad Littmann

Volkswirtschaftler, Vizepräsident der Universität Hamburg

Die Steuerpolitik — so wie sie einst gehandhabt wurde und so wie sie heute immer noch betrieben wird — ist in erster Linie an den öffentlichen Haushalten orientiert und geht entsprechend von der Finanzierung der staatlichen Ausgaben aus. Den Kontrapunkt bildet hingegen die Betrachtung, die die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge in den Mittelpunkt rückt, also beispielsweise nicht die Verteilung der Steuer-

zahllasten, sondern die Verteilung der Einkommen auf die Haushalte zum Entscheidungskriterium macht.

Der Unterschied zwischen diesem und jenem Urteil trennt ideologische Welten. Die einen konstatieren, Müller zable 1000 DM und Schulze 400 000 DM Steuern; die anderen richten sich danach, daß Müller nach Besteuerung noch 9000 DM, Schulze jedoch 600 000 DM

Einkommen zu seiner Verfügung habe. Der zweite Ansatz, der den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen Rechnung trägt, deckt sich mit den jüngeren Vorstellungen zu einer Theorie der Wirtschaftspolitik. Im Rahmen dieser Strategien besteht die erste Aufgabe darin, materielle Ziele zu formulieren, d. h. anzugeben, welche sozialen und ökonomischen Strukturen in Zukunft mit Mitteln der Politik angestrebt werden sollen.

Derartige Ziele betreffen selbstverständlich nicht nur die Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern sie umfassen auch Richtpunkte für die Preisstabilität, für Vollbeschäftigung

und Wachstum sowie Werte für die beabsichtigten staatlichen Infrastrukturen, etwa für Maßnahmen des Umweltschutzes, der Krankenversorgung oder der Ausbildung. Sind diese Ziele festgelegt, dann ist zu prüfen, welche wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente geeignet sind, eine möglichst gute Erfüllung des Programms zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang spielen die Instrumente der Besteuerung sicherlich eine außerordentlich wichtige Rolle, da mit ihrem Einsatz gewisse Ziele direkt, andere hingegen mittelbar erreicht werden können. Um die Einkommens- und Vermögensverteilung zu verändern, dürften etwa die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie die Vermögen- und Erbschaftsteuer als Instrumente einige Bedeutung haben; allerdings werden staatliche Ausgaben — z. B. in Form von Unterstützungszahlungen, Kindergeld usw. — ebenfalls als wirtschaftspolitische Mittel zur Realisierung solcher Ziele unentbehrlich sein. In gleicher Weise sind dann aber auch für alle anderen Ziele die erforderlichen Instrumente auszuwählen.

Fragliche Einkommenspolitik

Dieses Konzept einer modernen Wirtschafts- und Finanzpolitik, das sich grundsätzlich von den überkommenen Auffassungen der staatlichen Tätigkeit unterscheidet, ist zwar plausibel, aber es hat wenig mit dem zu tun, was tagtäglich als steuerpolitische Wirklichkeit registriert werden kann. Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in nahezu allen anderen Staaten unterlassen es die politischen Parteien, Programme festzulegen, die eindeutig umschriebene, ökonomische und gesellschaftliche Ziele aufweisen.

Es trifft zwar zu, daß alle großen Parteien in unserem Lande übereinstimmend etwa die Forderung vertreten, die Ungleichheit in der Vermögensschichtung solle korrigiert und die soziale Komponente der Marktwirtschaft betont werden. Gleichwohl hat keine der Parteien ihre Wähler über das angestrebte Ausmaß der Umverteilung informiert, hat keine Partei erklärt, wie hoch das angestrebte Mindestvermögen eines Haushaltes sein sollte, oder ob nach ihrem Programm Vermögen über eine Million, über zehn Millionen, über 100 Millionen oder erst über eine Milliarde DM als unerwünschte Konzentration gelten werden. Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, wenn die Umverteilungspolitik — trotz zahlreicher kostspieliger Maßnahmen — bisher kaum Erfolge zeitigte.

Von ganz anderem Gewicht sind indes prinzipiell ähnliche Widersprüche, die sich etwa im Hinblick auf die Vermögensbildung oder im bezug auf die Einkommensverteilung zeigen. Was den

ersten Punkt betrifft, so werden z. B. auf unterschiedliche Weise gewisse Sparformen entweder durch Prämien oder durch Steuernaufschlässe begünstigt. Grundsätzlich ist bei den steuerlichen Maßnahmen der Sparförderung keine Einkommensgrenze vorgesehen, d. h. auch diejenigen, die höchste Einkommen beziehen oder große Vermögen besitzen, können die Begünstigungsvorschriften des Einkommensteuerrechtes ausnutzen. Dabei ist besonders zu beachten, daß die begünstigten Ersparnisse als Sonderausgaben vom Einkommen abzusetzen sind, und folglich der steuerliche Vorteil mit steigendem Einkommen zunimmt.

Für niedrigere Einkommen bietet das Steuerrecht hingegen kaum Vorteile, sie nutzen deshalb nahezu ausschließlich den Weg über Prämien, der allerdings im Durchschnitt mit weniger staatlichen Beihilfen als die steuerlichen Begünstigungen ausgestattet ist. Der Umfang dieser Maßnahmen ergibt sich aus zwei Zahlen: Nach Neumark hat den Fiskus während der Jahre 1955 bis 1966 das Prämiensparen rund 7 Milliarden DM gekostet, während die Steuerminderereinnahmen aufgrund der Sparbegünstigungen mit 26 Milliarden DM für den gleichen Zeitraum zu veranschlagen sind.

Alles spricht dafür, daß diese Vorschriften nicht zu einer gleichmäßigen, sondern im Gegenteil, zu einer differenzierteren Vermögensverteilung geführt haben. Mit dem damals wie heute verfolgten Ziel einer Nivellierung der Vermögensunterschiede sind mithin die steuerlichen Maßnahmen keinesfalls vereinbar.

Gewiß wäre es sogar möglich, die Einkommensteuer unmittelbar und vornehmlich als ein Instrument der Einkommensumverteilung zu betrachten, aber diese Sicht der Angelegenheit entspricht, wie früher erläutert, einstweilen weder dem Vorgehen der politischen Parteien noch den Verhaltensweisen der Regierung.

Reiche begünstigt

So wie die Dinge liegen, hätte jedenfalls die Einkommensteuer die ihr vorgegebene Intention wohl nicht erfüllt, wenn höhere Einkommen relativ weniger Steuern abführen müßten als niedere Einkommen. Obschon die grundsätzliche Absicht klar zu erkennen ist, weisen die Maschen des Einkommensteuergesetzes doch so erhebliche Löcher auf, daß das angestrebte Ergebnis in nicht seltenen Fällen verfehlt wird. Das Einkommensteuergesetz enthält sogar sehr viele dieser Löcher, durch die clevere Pflichtige zu schlüpfen vermögen.

Der Arbeitnehmer ist gewohnt, daß sein Einkommen über die Lohnbuchhaltung festgestellt und die Steuer direkt im Abzugsverfahren einbehalten

und an das Finanzamt abgeführt wird. Die gleiche Regelung kann gegenüber anderen Einkunftsarten aber prinzipiell nicht angewandt werden; diese Einkünfte sind vielmehr zu veranlagen. Was dabei vom Gesetzgeber als Einkommen angesehen wird, ist durch zahlreiche komplizierte Vorschriften bestimmt. Aber nicht alles, was wirtschaftlich als Einkommen zu betrachten ist, unterliegt auch der Einkommensdefinition des Einkommensteuerrechtes; d. h. gewisse Einkommen sind im Ergebnis nicht steuerpflichtig und brauchen entsprechend bei der Steuerveranlagung auch nicht angegeben zu werden.

Paradies für Spekulanten

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, die im übrigen für den Laien kaum durchschaubar sind, zählen faktisch die sogenannten Kapitalgewinne — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zu denjenigen Einkünften, die legal nach dem geltenden Recht von der Einkommensteuer nicht erfaßt werden. Was sind Kapitalgewinne und welche Bedeutung kommt ihnen zu? Was den ersten Teil der Frage anlangt, so handelt es sich vor allem um jene Veräußerungsgewinne, die etwa beim Verkauf von bebautem sowie unbebautem Grund und Boden oder bei der Veräußerung von Unternehmen anfallen, und um die Kursgewinne, die bei Wertpapiergeschäften, namentlich bei Aktientransaktionen erzielt werden.

Ein Hauseigentümer mag z. B. im Jahre 1965 ein bebautes Grundstück für 500 000 DM erworben und im Jahre 1972 für 850 000 DM wieder verkauft haben. Dieser Gewinn in Höhe von 350 000 DM unterliegt in der Bundesrepublik im Regelfall ebensowenig der Einkommensteuer wie ein Kursgewinn, der an der Börse erzielt wird, selbst dann nicht, wenn er Millionen betragen sollte.

Die beabsichtigte Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit wird sich auf einem brüchigen Fundament vollziehen, wenn es nicht gelingt, eine Steuerreform durchzusetzen, die das Prädikat „große Reform“ zu Recht verdient. Die Zahl der Reformvorschläge ist inzwischen zur Legion angewachsen, dennoch wurde kein Programm entwickelt, das grundsätzlich neue Perspektiven eröffnet, das also in sich geschlossen ist und den Hauptzielen der Politik nachkommt.

Die Kritik besagt natürlich nicht, daß alle diese Anregungen verfehlt seien, sondern nur, daß sie mehr partieller als genereller Art sind. Darüberhinaus kann ein Punkt allerdings nicht strittig sein. Eine große Reform ist zwar in wenigen Jahren zu planen, der Zeitbedarf für ihre Durchsetzung ist jedoch weit- aus länger zu veranschlagen. Denn die Anpassung der privaten Wirtschaftseinheiten an die neuen Daten wird auf jeden Fall reibungsloser und mit gerin-

geren Friktionsverlusten geschehen, wenn die Weichenstellungen nicht allzu abrupt erfolgen.

Wesentlicher erscheint mir allerdings, daß überhaupt eine grundsätzliche Neuorientierung angestrebt wird, die sich von den traditionellen Auffassungen löst. Alte Regeln, die angeblich eine „gesunde“ öffentliche Haushaltsführung gewährleisten, jedoch den ökonomischen Gesamtzusammenhang unbeachtet lassen, mögen in der Vergangenheit eine zwar durchaus nicht fehlerfreie, aber doch praktikable Richtschnur für die Finanzpolitik abgegeben haben. Die steigende Staatsquote, die in erster Linie aus einem höheren Bedarf an öffentlichen Gütern resultiert, macht indes diese Orientierungspunkte hinfällig.

Sollte die Ausdehnung der Staatsquote vornehmlich über eine Anspannung der

Mehrwertsteuer vorstatten gehen, so werden . . . mit Gewißheit die unerwünschten sozialen Auswirkungen dieser Finanzierung neue staatliche Eingriffe als Korrektiv verlangen. Die Politik, die sich von finanztechnischen Erwägungen leiten läßt, ohne die gesellschaftlich-ökonomischen Bezugspunkte als Maxime des Handelns zu begreifen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der andere Weg mag dornenreicher sein, aber er verspricht Erfolg. Konkret verlangt er die Übernahme aller finanzpolitischen Maßnahmen, und zwar sowohl der Besteuerung als auch der Verausgabung in Beziehung zu den Aufgaben, die von der Politik verfolgt werden, Regelungen und Institutionen, die nicht den Zielen der Gesellschaft entsprechen, sind dann aufzuheben oder zu ändern.

ite für das Großkapital als auch vor allem in der Erhaltung und Festigung der Grundlagen der Profitmacherei.

Das Bemühen des Bundeswirtschaftsministeriums, mit Hilfe der verschiedensten Hebel im Rahmen der sogenannten Globalsteuerung die Profite zu mehrern, bei dem gleichzeitigen Versuch, durch staatliche Lohnleitlinien oder lohnpolitische Orientierungsdaten den Lohnerhöhungen für die Arbeiter und Angestellten enge Grenzen zu setzen, ist eine anschauliche Illustration dieses den egoistischen Klasseninteressen des Großkapitals dienenden Inhalts der kapitalistischen Programmierung.

Darüber hinaus zeichnet sich die ökonomische Programmierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern durch die Ausschaltung der Volksmassen von jeder wirksamen Einflusnahme auf die Erarbeitung und Kontrolle der Programme aus. Institutionen wie die konzertierte Aktion in der Bundesrepublik dienen lediglich als Feigenblatt für das Zusammenspiel von Ministerialbürokratie und Unternehmerverbands- bzw. Konzernspitzen bei der kapitalistischen Programmierung.

Grenzen der Zukunftsplanung

Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Bessau

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Angesichts hoher Preissteigerungsraten fühlte sich die Bundesregierung verstärkt einer nicht von ihr begrifflich fixierten Stabilitätspolitik verpflichtet. Die Folge davon war eine bisweilen drastische Beschneidung von Finanzierungswünschen der auf Reformen eingestellten Ministerien schon im Entwurfsstadium des Haushaltsplans in den letzten beiden Jahren und danach noch eine milten im Haushaltsjahr vorgenommene Kürzung bzw. Zurückstellung schon beschlossener Investitionsvorhaben. Nicht zuletzt aufgrund des Drucks wirtschaftlich einflußreicher Interessengruppen ist so verfahren worden. Andererseits plädieren diese im Falle einer Krise für ein entschlossenes deficit spending, nur, um die Nachfrage nach Konsumgütern zu stimulieren. Die Frage nach der Finanzierung von geplanten Zukunftsaufgaben blieb jeweils ausgeklammert.

Eine Voraussetzung für die Realisierung der Zukunftsaufgaben ist ein ununterbrochenes produktives Wachstum, eine andere die Aufhebung des Entscheidungsdualismus zwischen dem

Staat und den privatkapitalistischen Unternehmern in bezug auf Investitionen. Diese Voraussetzung ist tatsächlich die ausschlaggebende; denn auch das Wachstum wird hinsichtlich von Stetigkeit und Umfang dadurch beeinflußt.

Infolgedessen muß über den theoretischen Aufweis hinaus, auf welche Weise die soziale Lebensqualität in der Zukunft verbessert werden kann, die sozialökonomische Praxis beachtet werden. Daraus ergibt sich: erst durch die Unterordnung privatkapitalistischer Investitionsentscheidungen unter die langfristig angelegten staatlichen Politiken ist eine durchgreifende Verbesserung der sozialen Lebensqualität zu ermöglichen.

Wird zusätzlich der Rüstungsetat abgebaut und die Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, z. B. im Fall der Bundesrepublik, ernsthaft in Angriff genommen, dann erst wäre die Lösung der Zukunftsaufgaben in allen Bereichen auch im Interesse der großen Mehrheit der abhängig Arbeitenden zu garantieren.

Aus der Tatsache, daß der volkswirtschaftlichen Planung im Kapitalismus äußerst enge Grenzen gesetzt sind, und daß sie unter diesen Bedingungen ein Instrument zur Durchsetzung der Profit- und Machtinteressen des Großkapitals ist, sollten die Arbeiter, Angestellten und ihre Organisationen nun allerdings keineswegs den Schluß ziehen, daß Planung von Übel ist. Volkswirtschaftliche Planung ist ein objektives Erfordernis, das sich aus dem hohen Grad der Vergesellschaftung der Produktion ergibt.

Die Schlußfolgerung kann darum nur lauten, den Kampf um solche gesellschaftlichen Voraussetzungen zu führen, die die Möglichkeiten wirksamer Planung ausdehnen und eine Planung nicht gegen, sondern für die Interessen des arbeitenden Volkes ermöglichen. Die ersten Schritte dazu sind im Grundsatzprogramm des DGB niedergelegt.

Notwendig ist eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen. Notwendig ist die Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Notwendig ist der Kampf um eine staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes entspricht. Notwendig ist also der Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte um die Zurückdrängung der Macht des Groß-

Planung im Volksinteresse notwendig

Dipl. oec. Willi Gerns

Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Die Mehrheit der entwickelten kapitalistischen Länder hat den Weg der staatsmonopolistischen Programmierung beschritten. Die konkreten Formen und Methoden sind dabei in den

einzelnen Ländern sehr verschieden. Das Ziel der ökonomischen Programmierung in den kapitalistischen Ländern besteht sowohl in der planmäßigen Sicherung höchstmöglicher Pro-

kapitals, für grundlegende demokratische Umgestaltung in Wirtschaft und Staat.

Auf diese Weise werden Voraussetzungen für eine demokratische Wirt-

schaftsplanung geschaffen. Letztlich erfordert die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung, wie die Planung der Zukunft überhaupt, wenn sie im Interesse des arbeitenden Volkes erfolgen soll, die politische Macht der

Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen und die völlige Überwindung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, das heißt die sozialistische Gesellschaft.

Qualität der Demokratisierung: Eine Frage der Macht

Die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe der Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist gegenwärtig zweifellos die Durchsetzung der Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine echte, wirksame Mitbestimmung als Gegenmacht zur Konzernmacht ist am Arbeitsplatz, im Unternehmen, in der Gesamtwirtschaft und im internationalen Rahmen ebenso erforderlich wie in Fragen des Bildungs- und Gesundheitswesens, der staatlichen Ausgabenpolitik, des Umweltschutzes usw. Der verstorbene IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner hat in seinem auf der Oberhausener Tagung verlesenen Referat „Perspektiven der deutschen Mitbestimmung“ den zwingenden Nachweis erbracht, daß gesellschaftlicher Fortschritt, gleich in welchem Bereich, nur über gewerkschaftliche Mitbestimmung und entsprechenden Druck der Millionen Gewerkschafter möglich ist. Brenner unterstrich, daß die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung antikapitalistisch kon-

zipiert sei und eine gesellschaftsverändernde Stoßrichtung habe. Das dürfe im Ringen um Mitbestimmung keinen Augenblick vergessen werden. — Prof. Robert Jungk, der in seinem Referat in der Arbeitsgruppe „Qualität der Demokratisierung“ die undemokratischen Strukturen der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD einer scharfen Kritik unterzog, glaube die Ursachen dafür zur Hauptsache in den Sachzwängen der modernen Produktionstechniken zu sehen. Dieser Auffassung traten in ihren Diskussionsbeiträgen vor allem Dr. Petschick und Dr. Steigerwald entgegen. Ebenso wie Dr. von Heiseler und Dr. Jung machten sie deutlich, daß die ökonomische und politische Macht der großen Monopole und Konzerne das Zentrum aller undemokratischen Strukturen und Aktionen in der BRD ist und darum demokratische Rechte für die Arbeiterklasse nur in dem Maße durchgesetzt werden können, wie Monopolmacht durch den Kampf der Gewerkschaften zurückgedrängt wird.

Perspektiven der deutschen Mitbestimmung

Otto Brenner

Langjähriger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall in der Bundesrepublik Deutschland

Die Formulierung mitbestimmungspolitischer Perspektiven setzt einen Blick auf die Entstehungsgeschichte des Mitbestimmungsgedankens voraus. Eine solche — notwendigerweise skizzenhafte — politische Analyse hat zwei Funktionen:

Sie muß einerseits deutlich machen, daß wir uns nicht darauf beschränken, soziale Detailkorrekturen am kapitalistischen Planungs- und Entscheidungsprozeß zu fördern. Unsere mitbestimmungspolitischen Perspektiven müssen den Gedanken des gesellschaftlichen Wandels wachhalten und propagieren. Die Analyse muß andererseits zeigen, daß es nicht darum gehen kann, fix und fertige Utopien für die perfekte Organisation einer fernen Zukunftsgesellschaft am Reißbrett zu entwerfen. Unsere mitbestimmungspolitischen Perspektiven müssen realitätsbezogen bleiben ...

Mitbestimmung in der Wirtschaft ist als Ergänzung der politischen Demokratie und als Angriff auf die unternehmerische Autokratie zu definieren. Sie ist vom Ansatz her radikaldemokratisch und antikapitalistisch.

Besondere Aktualität und Dringlichkeit aber erhält die Mitbestimmungsforderung im Zusammenhang mit strukturellen Verschiebungen im Kapitalismus der Gegenwart.

Gerade in der jüngsten Vergangenheit hat sich der Konzentrationsprozeß ständig beschleunigt. Allein 1970 und 1971 wurden beim Bundeskartellamt praktisch ebenso viele Zusammenschlüsse von Großunternehmen registriert wie in den zwölf vergangenen Jahren seines bisherigen Bestehens.

Im Rahmen der Mitbestimmungsdiskussion ist es notwendig, zwei Aspekte dieses Konzentrationsprozesses besonders herauszustreichen:

Erstens: Gerade in privaten Großkonzernen liegt die unmittelbare Leitungsfunktion nicht mehr in den Händen der Eigentümer. Sie wird vielmehr von einem angestellten Management wahrgenommen. Der Übergang von der Eigentümer- zur Managerkontrolle trägt jedoch zur ideologischen Instabilität des bestehenden Systems bei. Er liefert ganz offensichtlich den Nachweis, daß nicht nur die Eigentümer zur rationalen Leitung des Produktionsprozesses befähigt sind. Das Eigentumsprinzip wird als Legitimationsbasis der kapitalistischen Produktionsweise in Frage gestellt. Das Leistungsprinzip als naheliegender Legitimationsersatz macht eine Beteiligung der Arbeitnehmer unaufschiebbar.

Zweitens: Gleichzeitig aber verschiebt der Konzentrationsprozeß die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugun-

sten des privaten Kapitals. Die Kontrollfunktion des Marktes wird in den hochkonzentrierten Industriezweigen zugunsten organisierter Preispolitik und gezielter Nachfragerlenkung zurückgedrängt bzw. aufgehoben. Die Steuerungsmöglichkeiten der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik werden zumindest teilweise beschnitten. So kann es keinen Zweifel daran geben, daß sich Großkonzerne heute der Kreditpolitik der Bundesbank über ihre Innenfinanzierung und über ihren Zugang zu internationalen Kapitalmärkten entziehen.

Für die Gewerkschaften stellen sich jetzt vor allem zwei Aufgaben. Einmal müssen wir umgehend die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Chancen des Betriebsverfassungsgesetzes in der betrieblichen Praxis realisiert werden. Das stellt neue Anforderungen an die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, aber auch die gewerkschaftliche Organisationsarbeit. Zum anderen müssen wir die gewerkschaftliche Position im Betrieb absichern und stärken. Damit sind die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper angesprochen.

Ohne ihr persönliches Engagement und ihr solidarisches Handeln wird die Humanisierung der Arbeitswelt, die Demokratisierung der Betriebe nicht zu erreichen sein. Damit ist gleichzeitig die gewerkschaftliche Tarifpolitik einbezogen. Sie muß die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Vertrauenskörper ihre gewerkschaftlichen Aufgaben im Betrieb wahrnehmen können. Aktivierung der Betriebsräte und Aktivierung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper bedingen sich gegenseitig.

Im Interesse einer betriebsnahen Mitbestimmungspolitik muß die Mitbestimmung im Unternehmen durch den skizzierten betrieblichen Unterbau ergänzt werden. Im Interesse einer entscheidungsnahen Mitbestimmungspolitik muß ein gesamtwirtschaftlicher Überbau hinzukommen.

Zentrum der politischen Willensbildung sind die Regierungen und Parlamente auf Bundes- und Länderebene. Der öffentliche Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben nimmt ständig zu. Dabei steht eine systematische Politik parlamentarischer Reformen vor zwei Schwierigkeiten:

Gegen Lobbyismus

Erstens sind Interessenkollisionen zwischen gesellschaftlichen Reformzielen und ökonomischen Stabilitäts- bzw. Wachstumszielen nicht selten. Es gilt zu verhindern, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen sich vorrangig an privaten Gewinnerwartungen ausrichten. Zweitens werden politische Entscheidungen faktisch sehr oft im Vorfeld der parlamentarischen Willensbildung wesentlich beeinflußt. Es ist kein Geheimnis, daß sich die Unternehmer ein umfassendes Netz von informellen Einwirkungsformen geschaffen haben, das von wissenschaftlich verbrämtem Lobbyismus auf Bundesebene bis zu direkten Repressionen gegenüber einzelnen Gemeindevertretungen reicht. Es gilt, das Übergewicht der Unternehmer zu beseitigen und die Einflußnahme der großen gesellschaftlichen Gruppen öffentlich zu legitimieren.

Deswegen hat der DGB-Bundesausschuß im Frühjahr 1971 eine Grundkonzeption für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im gesamtwirtschaftlichen Bereich beschlossen. Es schließt die Absage an Arbeits- bzw. Arbeitnehmerkammern ebenso ein wie die Kritik des öffentlich-rechtlichen Status der Industrie- und Handelskammern. Statt dessen fordern wir paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Regional-, Länder- und Bundesebene. Ihnen sind Informations-, Konsultations- und Initiativrechte gegenüber der Legislative und der Exekutive in wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten zugedacht. Die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung soll sicherstellen, daß die Arbeitnehmerinteressen zum Bestandteil einer planmäßigen und vorausschauenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden.

Der Übergang von angemaßter zu funktionaler Autorität ist sicher ein rationaler Prozeß. Mit der Demokratisierung der Betriebe hat er wenig zu tun. Ein zwingender Zusammenhang zwischen betrieblicher und sozialer Produktivität besteht nämlich nicht. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß man die Industriearbeit

allein an funktionalen Erfordernissen des Produktionsprozesses mißt. Die Produktion muß für den Menschen da sein, nicht der Mensch für die Produktion. Modernisierter Führungsstil ist folglich keine Alternative zu unseren Mitbestimmungsforderungen, die von autonomen Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten, von ihrem Recht auf soziale Sicherheit und Selbstverwirklichung getragen werden.

Mit den unternehmerischen Gegenvorstellungen müssen wir uns offensiv auseinandersetzen. Gelegentlich wurden unsere Mitbestimmungsforderungen durch die Beschwichtigung abgesehen, daß sie im Grunde nichts ändern würden.

Unsere Mitbestimmungskonzeption zielt auf die Demokratisierung aller Planungs- und Entscheidungsstufen. Sie umfaßt Mitbestimmungsforderungen im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft. Dabei werden die konkreten Modellvorstellungen aus den Bedürfnissen der Arbeitnehmer abgeleitet. Sie werden also einerseits von der technischen und sozialen Entwicklung des bestehenden Wirtschaftssystems mitgeprägt, weisen aber andererseits über das bestehende Wirtschaftssystem hinaus.

Beide Elemente — der Realitätsbezug und der Übergangscharakter — haben Kritik an unserer Mitbestimmungskonzeption ausgelöst, allerdings aus ganz verschiedenen Richtungen. Mit dieser Kritik müssen wir uns auseinandersetzen, weil eine Mitbestimmungsstrategie sich nicht in der Konstruktion von Modellen erschöpfen kann. Vielmehr müssen wir auch Überlegungen anstellen, wie sich unsere Konzeption gegen gesellschaftliche Widerstände durchsetzen läßt.

An solcher Schützenhilfe kann uns nichts liegen. Sie ist falsch, weil man die Mitbestimmungsgegner auf diese Weise nicht überlisten kann, ohne das eigene Konzept inhaltlich zu verformen.

Druck ausüben!

Es ist uns bereits gelungen, unsere Mitbestimmungsforderung weitgehend zu popularisieren. Diesen Weg müssen wir weitergehen, gestützt auf eine mitbestimmungspolitische Argumentation, die den antikapitalistischen, sozial-reformerischen Inhalt der industriellen Demokratisierung betont. Nur über den wachsenden politischen Druck unserer Mitglieder und breiter Kreise der Bevölkerung kann zur Zeit auf eine positive Entscheidung des Parlaments hingearbeitet werden.

Ich habe bereits angedeutet, daß unsere Mitbestimmungskonzeption auch aus einer ganz anderen Richtung kritisiert wird. In den Augen mancher Leute ist sie allzu sehr dem Bestehen-

den verhaftet. Ich habe nicht die Absicht, mich ausführlich mit dem Verbalradikalismus einiger außerparlamentarischer Gruppen auseinanderzusetzen, für die Gewerkschaften im allgemeinen, Mitbestimmung im besonderen von vornherein Instrumente zur Disziplinierung der Lohnabhängigen sind. In diesen Versatzstücken einer pseudo-sozialistischen Theorie werden die Gewerkschaften auf allzu durchsichtige Weise zum Sündenbock dafür abgestempelt, daß die Arbeiter scheinradikalen Lösungen nicht folgen.

Zwei Argumente vor allem wurden uns immer wieder entgegengehalten: Erstens meinte ein Teil unserer ausländischen Kollegen, die Beteiligung der Arbeitnehmer an der kapitalistischen Willensbildung sei gleichbedeutend mit der Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System schlechthin.

Kein Anpassungsmittel

Wir haben demgegenüber immer betont,

- daß uns die antikapitalistische Entstehungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung in lebendiger Erinnerung ist,

- daß wir mit der herrschenden Wirtschaftsordnung keinen ewigen Frieden geschlossen haben,

- daß wir die Mitbestimmung im Unternehmen nicht als Anpassungswerkzeug mißverstehen, sondern ihm eine wichtige soziale Funktion gegenüber einseitig gewinnorientierten Unternehmerentscheidungen sehen.

Zweitens ging ein Teil unserer ausländischen Kollegen von der Fehleinschätzung aus, Mitbestimmung im Unternehmen sei die bürokratische Alternative zur politischen Mobilisierung der organisierten Arbeiterschaft.

Wir haben demgegenüber stets hervorgehoben,

- daß uns der Schritt in die Zentren der wirtschaftlichen Willensbildung, d.h. in die Unternehmens- und Konzernorgane, strategisch wichtig erscheint, daß wir aber deswegen auf einen funktionsfähigen Unterbau der unternehmenspolitischen Mitbestimmung nicht verzichten können,

- daß vermehrte Rechte und verbesserte Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte einen der ersten Plätze in der Dringlichkeitsskala unseres Aktionsprogramms einnehmen,

- daß wir schließlich verbesserte Kontakte zwischen den betrieblichen Beschäftigten und ihren Interessenvertretern in den Unternehmensorganen für eine der dringendsten

mitbestimmungspolitischen Aufgaben halten.

Im internationalen Rahmen allerdings werden gemeinsame Zielvorstellungen und gemeinsame Aktionsformen durch das koordinierte Vorgehen des Kapitals erzwungen. Vor allem im Rahmen der EWG besteht die Gefahr, daß die

Konfrontation des international organisierten Kapitals mit einer organisatorisch und ideologisch zersplitterten Gewerkschaftsbewegung das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zum Nachteil der Arbeiterschaft verschiebt. Wir müssen der Herausforderung der multinationalen Konzerne geschlossen entgegenzutreten.

Es erscheint allerdings fraglich, ob diese Transformation, wie man gelegentlich vernimmt, schon wesentlich dadurch ermöglicht wird, daß nun eine „Technik zur Kontrolle der Technik“ entsteht. Denn der Bau von Warnnetzen gegen Luft- und Wasserverschmutzung, die Konstruktion und massenhafte Anlage von Klär- und Filteranlagen kann höchstens „kosmetische“ Effekte erzielen. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Natur der heute prädominierenden wissenschaftlich-technischen Methode und der ihr innewohnenden exklusiven wie repressiven Tendenzen...

Politik und Technokratie

Prof. Dr. Robert Jungk
Schriftsteller, lebt in Salzburg, Österreich

Wohl können die „Techniker der Macht“ kurzfristig auf „schnelle sachlich begründete Entscheidungen“ hinweisen, doch bewirken sie damit die Erosion der politischen Landschaft, die Unbeteiligtheit, die Gleichgültigkeit der von ihnen manipulierten Betroffenen, die solange anhält, wie man sie durch Anteile an der technischen Massenproduktion zufriedenstellen kann.

Diese sich in politischer Passivität ausdrückende Ruhighaltung der Bürger wird aber heute von zwei Seiten her bedroht. Erstens beginnen sich die Effekte der materiellen Bedürfnisbefriedigung abzubrauchen. Es zeigt sich, daß der Mensch weder vom Brot noch vom Privatauto alleine leben kann. Er will seine Fähigkeit zum eigenen Nachdenken, Urteilen und Gestalten nicht länger brachliegen lassen, sondern verlangt nach mehr als Lohn, er verlangt Partizipation. Zweitens gefährdet die Umweltkrise nicht nur eine Reihe von Bedürfnissen, die bisher „umsonst“ zu haben waren, wie Luft und Wasser, sondern auch jenen materiellen Lebensstandard, dem so viel geopfert wurde.

Es ist daher zu erwarten, daß die für die Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg typische politische Inaktivität der Bürger in den hochentwickelten Ländern immer mehr von einer Politisierung abgelöst wird, die nach den tieferen Ursachen der durch die Verschwendungswirtschaft und Zukunftsblindheit der vorhergehenden Generationen heraufbeschworenen Krisen fragen wird.

Diese zuerst in der jungen Generation spürbar gewordene kritische Unruhe wird nach einer „neuen Wissenschaft“ und einer „neuen Technik“ verlangen, die nicht gegen die Natur, gegen die Menschen und gegen ihre Beteiligung an der Gestaltung der „Polis“ arbeiten, sondern sich humanen und partizipatorischen Grundätzen unterwerfen. Das heute schon sichtbare, langfristig aber bald noch deutlicher werdende Versagen der Technokratie darf allerdings nicht nur schadenfroh mitangesehen werden, sondern muß zum Ansporn für die Entwicklung demokratischer lebenserhaltender und lebensrettender Konzepte werden.

Das würde eine Erneuerung des durch den Wissenschaftlichkeitsanspruch der

Technokratie verkümmerten Selbstbewußtseins der Politiker bedeuten. Sie müßten von einer gegenüber den angeleglichen „Sachzwängen“ defensiv taktierenden wieder zu einer Werte setzenden und ihre Verwirklichung anstrebenden Politik zurückfinden.

Wo heutige Wissenschaft und Technik nur Teilaspekte erfassen, ist die Aufgabe und Möglichkeit der Politik, viele zum Teil nicht meßbare Faktoren zu überschauen und neben dem Fachverstand den Menschenverstand und die Menschennot in die Waagschale zu werfen. Ein zentrales Anliegen dieser umfassenden Sicht wäre die Wiederherstellung der physischen und der geistigen „Qualität des Lebens“ durch eine Vermenschlichung der Technik und der Arbeit.

Dies könnte in einer ersten Phase durch die schrittweise Unterordnung technischen Handelns unter die Gesetze einer human orientierten Gesellschaft geschehen. Nicht mehr eine falsche Rentabilität dürfte den Ausschlag geben, sondern eine Leistung auf lange Sicht, die nicht an der Erwartung schneller profitgarantierender Kapitalverwertung orientiert ist, sondern soziale Kosten und Umweltschädigungen zu vermeiden weiß.

Die Frage der Machtverhältnisse

Dr. Johannes Henrich von Heiseler
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion wird in akut revolutionären Situationen zu der alle ökonomischen Forderungen der Arbeiter zusammenfassenden Lösung, zu einer der wichtigsten Teilösungen im akuten Machtkampf.

Zweifellos wird es zwischen Ken Coates und mir keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß von einer solchen Lage weder im Vereinigten Königreich noch in der Bundesrepublik die Rede sein kann. Aber ich muß Ken Coates völlig Recht geben,

wenn er der Meinung ist, daß der Konflikt, der in revolutionären Phasen seinen Ausdruck in der Forderung nach Produktionskontrolle findet, keineswegs auf diese geschichtlichen Augenblicke beschränkt ist.

Vielmehr bin ich der Meinung, daß der zugrunde liegende Konflikt eine wichtige Seite des allgemeinen Interessenwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital darstellt. Jedoch nimmt er in Phasen, die keinen revolutionären Charakter tragen, andere Formen an. Er drückt sich dann nicht in der tief-

gehenden, auf einen Teilaspekt der sozialistischen Umgestaltung zielenden Lösung nach Arbeiterkontrolle der Produktion aus, sondern in anderen Formen.

Jedoch sind alle Forderungen, in denen das grundlegende Streben der Arbeiterklasse nach Kontrolle der Produktion in den jeweiligen geschichtlichen Formen zum Ausdruck kommt, verbunden mit der Frage der Machtverhältnisse, wenden sich gegen die Macht des Kapitals in Gesellschaft und Staat.

Die grundlegende Kritik, die ich an dem Referat von Ken Coates zu machen habe, lautet: Der Kollege Coates trennt die Frage der Machtverhältnisse, die Frage der kapitalistischen Staatsmacht und ihrer gewiß nicht heute und hier möglichen, aber geschichtlich notwendigen Ablösung und Ersetzung durch eine Staatsmacht anderer Art und anderen Charakters von der Forderung nach Arbeiterkontrolle der Produktion künstlich ab. Das gelingt

ihm durch die Benutzung des syndikalistischen Mythos von der „Selbstverwaltung“. Damit unterstützt Coates die Illusion, als ließe sich die schwierigste Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung, die Auseinandersetzung um den Charakter und Klasseninhalt der Staatsmacht, umgehen.

Als Marxist spreche ich vom Sozialismus nicht wie die Kirchen vom Jenseits, sondern mit dem Bestreben, die Bedingungen unter den heutigen Verhältnissen zu untersuchen, unter denen der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft hier geführt werden muß. Jemand dagegen, der sich bemüht, die Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion von ihrem revolutionären Kernpunkt abzulösen, vergißt auch die einfache Frage: In welcher Form drückt sich heute in der BRD das Streben der Arbeiterklasse nach Kontrolle der Produktion aus? Meiner Ansicht nach ... sind wir hier an der entscheidenden Stelle des Problems des Kampfes um Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften.

Es geht um die Kontrolle des Kapitals

Dr. Heinz Jung

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Man kann, nach meiner Ansicht, heute Forderungen nach Arbeiterkontrolle oder nach Mitbestimmung — und das ist ja immer nur eine spezifisch historische Form von Arbeiterkontrolle, wenn wir sie auf dem Boden der Klassengesellschaft ansiedeln bzw. von der Tatsache des unüberbrückbaren Gegensatzes von Arbeit und Kapital ausgehen — nicht entwickeln, wenn man der Struktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus — oder des organisierten Kapitalismus, wie er von Otto Brenner genannt wurde, — nicht Rechnung trägt. Nach meiner Ansicht bezieht Otto Brenner diese strukturellen Gegebenheiten in bemerkenswerter Weise in seinem Referat in die Betrachtungen mit ein.

Die Bedeutung des Aufnehmens der Bestrebungen der Kollegen in Betrieben und Büros für die Arbeiterkontrolle, oder wie ich für uns hier in der BRD sagen möchte, für eine Mitbestimmungskonzeption, die vom Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ausgeht, ist vom Kollegen Coates zutreffend dargestellt worden. Ich glaube, daß aber gerade auch hier die Verbindung zu den Umweltfragen hergestellt werden kann und man nicht so abstrakt bleiben muß. Denn auch in der Frage des Umweltschutzes ist die Massenmobilisierung die Voraussetzung progressiver Lösungen.

Im Gegensatz zu Prof. Jung bin ich aber nicht der Ansicht, daß es besonders nützlich wäre, wenn die Gewerk-

schaften ihre Energien auf die Entwicklung der „neuen Technik“ oder „neuer Produktionsmittel“ werfen würden. Vielmehr glaube ich, daß politischer Druck der Gewerkschaften auf Staat und Großkapital die Anwendung sol-

Demokratie nicht durch neue Technik

Dr. Werner Petschick

Redakteur der NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt/Main

Prof. Dr. Robert Jungk hat im Verlauf der Diskussion auf die Frage: „Was tun?“ einige Alternativen für die Gewerkschaften zu den bestehenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen entwickelt, die meine volle Unterstützung finden. In der Grundkonzeption stimme ich jedoch in einigen wesentlichen Fragen nicht mit Robert Jungk überein.

Nach meiner Ansicht ist der Kernpunkt der Argumentation von Prof. Jungk die Annahme, daß neben der spezifisch sozialen Form der Produktion von der Wissenschaft und Technik ein an sich deformierender Entfremdungsdruck ausgehe. Diese These wird bekanntlich nicht nur von Jungk vertreten, sie macht sich letzten Endes in einem Großteil der Referate dieser Tagung in der Forderung Luft nach neuen Produktivkräften, neuen Produktionsmitteln, neuer Technik und neuer Wissen-

cher Techniken erzwingen kann — schon morgen, schon jetzt.

Was ist der Kampf um Arbeiterkontrolle oder Mitbestimmung anderes als ein Ringen um die Kontrolle des Kapitals? Was ja auf der anderen Seite nichts anderes als der Kampf um die Vertiefung der demokratischen Rechte der Arbeitenden ist. Aber gehört dazu nicht auch das primitivste Recht, das Recht auf physische Existenz?

Was hindert eigentlich die Gewerkschaften daran, schon heute die Kollegen, die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute, aufzurufen, in ihren Bereichen „nach dem Rechten“ zu sehen, eben danach, ob die ohnehin unzulänglichen Gesetze durch Konzerne und Unternehmer eingehalten werden? Wie bekannt, ist das oft genug nicht der Fall. Ich glaube, daß sich in diesem Fall die Furcht vor betriebsegoistischen Verhaltensweisen nur im geringen Maße als begründet erweisen würde.

Und was hindert eigentlich die Gewerkschaften daran, die ihnen bekannten und bekannt werdenden Tatsachen über die Umweltverschmutzung und -zerstörung durch die Konzerne laufend zu veröffentlichen?

Nicht zuletzt könnten dabei die institutionellen Mitbestimmungspositionen eine positive Rolle spielen und der demokratische, antikapitalistische Gehalt des gewerkschaftlichen Mitbestimmungskonzepts — wie er im Referat von Otto Brenner herausgestellt wurde — könnte für weit mehr Kollegen als unter den gegenwärtigen Umständen deutlich und zum mobilisierenden Faktor werden.

schaft. Diese angeblich aus der Technologie hervorgehenden Tendenzen werden nicht zuletzt, schaut man genauer hin, auf die gegenwärtige Problematik der Umwelt zurückgeführt. Robert Jungk spricht an einer Stelle seines Referats ja auch davon, daß diese Forderung nach neuer Wissenschaft, nach weicher technologischer Gesellschaft, reaktionär aussehe. Ich bin der Ansicht, daß sie nicht nur so aussieht, sondern auch so ist. Es sollen jedoch keinesfalls die tatsächlichen schöpferischen Impulse in Frage gestellt werden, die von utopischen Experimenten immer ausgegangen sind und ausgehen werden.

Wahrscheinlich wird auch die „neue Wissenschaft“ einige positive Nebeneffekte abwerfen, wie ja auch die Hippie-Kommunen das Lebensgefühl vieler Zeitgenossen belebt haben. Aber die Gesellschaft ändern wird sie nicht.

Man muß natürlich auch heute nach den sozialen Grundlagen und Trägern der romantischen Utopien fragen. Zweifellos kann bei der Antwort die stärkere direkte Unterordnung eines großen Teils der Intelligenz unter das Kommando des Großkapitals und des Staates nicht außer Betracht bleiben. Sie holen jetzt die Bindung und Unterwerfung unter die Technik selbst nach, der die Arbeiterschaft schon mit dem Entstehen der Fabrik ausgeliefert war. Wenn die Intelligenz, die von Lenin zitierte Schule der Organisation der Fabrik wie die Arbeiterschaft durchmacht, wird sie sich zu einer progressiven Kraft entwickeln.

Wie auch in den Anfangsstadien die Arbeiterschaft zuerst den Kampf gegen die Maschine aufnahm — er ist unter dem Begriff „Maschinenstürmerei“ in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen —, so sucht ein Teil der Intelligenz heute die Ursache ihrer Probleme in der ihr gegenüber subjektivierten Wissenschaft und Technik und in ihrer eigenen Objektivierung, das heißt ihrer Verwandlung in Objekte der Kapitalverwertung — nur auf einem ungleich höheren Niveau

der Arbeitsteilung, Detaillierung und Entfremdung.

Für die Gewerkschaftsbewegung stellt sich also das Problem: Soll sie ihre Kraft auf die Schaffung neuer Produktivkräfte konzentrieren, wie die utopischen Sozialisten? Oder muß sie für die gesellschaftliche Kontrolle und die Vergesellschaftung der existierenden Produktivkräfte kämpfen? Dafür steht für die Zukunftsforschung heute die Aufgabe, wissenschaftliche Pläne zu entwickeln, wie die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse im Interesse der Arbeiter und Angestellten verändert werden können.

Zweifellos ist das letztere der Schlüssel, um die Gesellschaft von den destruktiven, die Lebensbedingungen zerstörenden Wirkungen und Aspekten der kapitalistisch genutzten, angewandten und verwerteten Wissenschaft und Technik zu bewahren und zu befreien. Wird das akzeptiert, dann ist die zentrale Frage ja nicht die Entwicklung eines neuen Technologieangebotes, sondern der Kampf gegen die zentralen Mächte der Kapitalverwertung, die Konzerne in unserer Gesellschaft.

In der Sitzungsperiode des Bundestages von 1957 bis 1961 kamen von 613 Gesetzentwürfen 401 aus der Bundesregierung. 207 stellte der Bundestag und 5 der Bundesrat. 87 Prozent der Regierungsvorlagen (348) wurden Gesetz, dagegen nur 36 Prozent (74) des Parlaments.

Das sind Realitäten unserer Gesellschaftsordnung, unserer Staatsordnung, von denen eine jede Demokratisierungsdiskussion der Arbeiterbewegung ausgehen muß. Auch wenn es um die Problematik der Demokratisierung des Staatsapparates geht, müssen diese Wirtschaftsprozesse mit in die Diskussion, mit in die Programmatik einbezogen werden.

Welche Vorschläge bieten sich also zur Demokratisierung im staatlichen Bereich an? Es ist notwendig, durch eine starke und wirksame Aufklärungsarbeit unter dem Volk klarzumachen, daß hinter der demokratischen Fassade in Wahrheit die Macht der großen Kapitalgesellschaften steht. Wir müssen zeigen, daß eine reale Demokratie nicht darin besteht, alle vier Jahre einmal diejenigen zu wählen, die — wie schon Marx richtig sagte — das Volk zertreten, sondern daß reale Demokratie wirksame Mitbestimmung der Arbeiterklasse am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Konzern, im gesamten gesellschaftlichen Bereich erfordert.

Dazu müssen wir der Arbeiter-, der gewerkschaftsfeindlichen Hetze der Springer-Presse und der anderen Unternehmerorgane wirkungsvoll entgegenreten, die Verleumdung zurückweisen, daß die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik dem Kapitalismus identisch und darum die Propagierung des Sozialismus verfassungswidrig sei. Wir müssen einerseits die demokratische Eigeninitiative des Volkes durch praktizierte Mitbestimmung entwickeln und andererseits jedem Prozeß der Ausschaltung solcher demokratischer Mitwirkung Widerstand leisten, jede weitere Aushöhlung demokratischer Rechte, von den Kommunen bis in die Staatsspitzen hinein, verhindern.

Ringens um reale Demokratie

Dr. Robert Steigerwald

Journalist, Eschborn; Sekretär des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Es gibt kein wichtiges Gesetz in der Bundesrepublik, an dem die Unternehmerverbände nicht bereits im Prozeß des Entstehens entscheidend mitgewirkt hätten. Der BDI ist jährlich mit etwa 200 Eingaben an dieser Einwirkung beteiligt.

Entsprechend der Abwertung des Parlaments, der Legislative, erfolgen die politischen Interventionen der ökonomisch Mächtigen primär über Organe des Staatsapparates. Das geschieht nicht nur durch die zwischen 500 und 1500

Kontaktbüros mit mehreren Mitarbeitern, die von den Unternehmerorganisationen in Bonn unterhalten werden, auch nicht über die mehrere tausend Lobbyisten, sondern durch ein System der Personalunion zwischen führenden Wirtschaftskräften und führenden Vertretern der staatlichen Exekutive. Das geschieht weiter durch besondere Einflußnahme auf das Bundeskanzleramt, weil die meisten Gesetzgebungsinitiativen nicht vom Parlament ausgehen, sondern vom Regierungsbereich, insbesondere vom Bundeskanzleramt.

Zukunft der Gewerkschaften: Wachsende Bedeutung

Referate und Diskussionen unter dem Stichwort „Zukunft der Gewerkschaften“ erbrachten auf der internationalen Arbeitstagung der IG Metall den Nachweis, daß die Bedeutung der Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Rolle und Aufgaben auch in der Zukunft noch wachsen wird. Das gilt sowohl in der kapitalistischen als auch in der sozialistischen Gesellschaft, allerdings mit sehr unterschiedlicher Substanz. In der kapitalistischen Gesellschaft, wie jener der Bundesrepublik, wird es zunehmend von der Aktivität und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften abhängen, in welchem Maße der Einfluß der Monopole in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zurückgedrängt, die öffentlichen Aufgaben angepackt, soziale und demokratische Reformen eingeleitet und durchgeführt und in allen diesen Fragen die Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten und ihrer

Gewerkschaften verwirklicht werden kann. In der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Ländern nehmen die Gewerkschaften ihre umfassenden Rechte in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft wahr. Unter den Bedingungen des Sozialismus ist die Basis für eine allseitige und schnelle Verbesserung der Lebensqualität der arbeitenden Menschen gegeben. Hierzu machten in ihren Referaten besonders anschauliche Ausführungen die Teilnehmer aus der UdSSR Pimenow und Diligenski sowie in seinem Diskussionsbeitrag der polnische Gewerkschafter Suchowicz. — Dr. Leminsky vom DGB versuchte in seinem Referat, die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik darzustellen. Die Gefahr, daß der Kapitalismus versuchen wird, seine dringenden Existenzprobleme

— und dazu gehört vor allem auch die Lösung der sogenannten „Gemeinschaftsaufgaben“ — auf Kosten des sozialen Standards der Arbeiterklasse zu lösen, sprach besonders aus den Referaten von Bundesminister Eppler und Prof. Roberts. Während Eppler Reformvorhaben — statt aus dem Rüstungsetat — über die Drosselung des Lohnanstiegs finanzieren möchte (eine Variante, der besonders der IG-Metall-Vorsitzende Loderer am Schluß der Tagung

entgegentrat), macht Roberts die Gewerkschaften für die Inflation verantwortlich und empfiel die Abschaffung der Tarifautonomie sowie die Begrenzung des gewerkschaftlichen Wirkungsfeldes auf Freizeitgestaltung und soziale Aufgaben. In den Diskussionsbeiträgen von W. Cieslak, Dr. Schäfer und Prof. Schleifstein werden Gedanken zu den Aufgaben der Gewerkschaften als Kampforganisationen dargelegt.

Aufgabenbereiche heute und morgen

Dr. Gerhard Leminsky

Forschungsbereichssprecher im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH; Chefredakteur der Zeitschrift „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Düsseldorf.

In der praktischen Politik standen für die Gewerkschaften nach ihrer Gründung trotz ihres weitgespannten Anspruchs nach einer freien Gesellschaft über lange Zeit die Probleme der Sicherung des Existenzminimums im Vordergrund. Nach dem 1. Weltkrieg konnten sich die Gewerkschaften organisatorisch festigen und Ansätze zu Gegenmachtpositionen entwickeln. Durch Schutz- und Sicherungsmaßnahmen gelang es ihnen, den Arbeitnehmern über die materielle Arbeitssicherheit hinaus vor Willkürmaßnahmen zu schützen. Sie verfügten damals jedoch nicht über wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Instrumentarium der Tarifpolitik zur Sicherung des materiellen Standards weiter verfeinert; die Schutzaufgaben wurden durch gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen sowie durch Betriebsvereinbarungen verbessert. Erste Möglichkeiten für die Gestaltung von Entwicklungen, die die Arbeitnehmer betreffen, wurden eröffnet. Dies gilt etwa für die Mitbestimmung in Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen sowie in Ansätzen für die berufliche Bildung. Damit ist erstmalig die Chance gegeben, inhaltlich die Bedingungen zu beeinflussen, von denen die Arbeitswelt bestimmt wird. Hier liegt die große gewerkschaftliche Aufgabe der Zukunft.

Die Aufgabe der Gewerkschaften, Freiheit und Entfaltung im Arbeitsleben zu sichern, hängt in zunehmendem Maße von Faktoren ab, die der beruflichen Tätigkeit vorgelagert sind. Wem das Bildungswesen keine gleichen Starthancen vermittelt, der wird diesen Mangel kaum wieder aufholen können. Darüber hinaus bestimmen Formen und Inhalte der Bildung nicht nur Kenntnisse und Fertigkeiten. Sie prägen zugleich Urteils- und Kritikvermögen und legen die sozialen Verhaltensweisen fest, die für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft von Bedeutung sind. Bildung darf sich deshalb nie nur in Anpassung an wirtschaftliche oder technische Gegebenheiten erschöpfen.

Die Arbeitswelt ist immer noch der entscheidende Bestimmungsfaktor für die menschliche Existenz. Der Betrieb (die Verwaltung oder das Büro) prägt Lebensformen und Verhaltensweisen, bestimmt Einkommen, Status und Prestige. Aber der Betrieb als der Ort, an dem Güter und Dienste erbracht werden, ist nicht auf menschliche Bedürfnisse ausgerichtet. Die Strukturen des Betriebes werden durch die Eigentümer und ihre Beauftragten festgelegt, wobei Technik und Organisation für die Zwecke der Gewinnerzielung eingesetzt werden.

Jeder Arbeitnehmer hat sich den Prinzipien der Rentabilität unterzuordnen und sich der durch die Kapitalverwertung vorgegebenen Technik und Organisation anzupassen. Diese Struktur wird durch Schutzrechte für die Beschäftigten vom Arbeitsschutz über Kündigungsschutz oder durch das Betriebsverfassungsgesetz nicht grundsätzlich infrage gestellt. Solche Maßnahmen sichern nur Mindestbedingungen und betreffen lediglich die Konsequenzen bzw. die negativen Auswirkungen der betrieblichen Politik.

Gegengewicht schaffen

Hier eröffnet sich ein Aktionsfeld von zentraler Bedeutung für die Gewerkschaften, das bislang in seiner Tragweite noch kaum erkannt ist. Die bisherige Gewerkschaftspolitik war überwiegend quantitativ und defensiv ausgerichtet: Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall; materielle Absicherung im Fall von Rationalisierung oder Freisetzung. All dies war und ist notwendig, jedoch nicht mehr ausreichend.

Arbeitslosigkeit etwa ist nur das letzte Glied einer Kette, das häufig mit Umsetzung oder Lohnminderung im Betrieb beginnt. Die Vollbeschäftigung verdeckt die existentiellen Probleme von einzelnen oder Gruppen von Beschäftigten bei strukturellem Wandel. Dies wird nur bei qualitativer Betrachtung deutlich, die den

Betrieb als Sozialgebilde erfaßt und nicht nur als Kombination der Produktionsfaktoren im technischen Sinne.

Die bisher im nationalen Bereich feststellbaren Probleme wirtschaftlicher Macht erhalten durch die zunehmende Internationalisierung von Finanzierung, Beschaffung, Produktion, Absatz und Forschung neue Dimensionen. Dies wird sich institutionell durch die erhöhte Bedeutung multinationaler Konzerne und die Schaffung europäischer Aktiengesellschaften ausprägen. Hier müssen die Gewerkschaften ihre Aktionen gleichfalls internationalisieren, um Gegengewichte zu schaffen.

Zwang zur Zusammenarbeit

Neue Formen der Mitbestimmung und der Gewerkschaftspolitik werden notwendig. Auf Unternehmensebene kommt es also langfristig sowohl auf eine größere Intensität der Mitbestimmung (Zurückdrängung nur privatwirtschaftlicher Orientierung) als auch auf zunehmende Extensität (Kooperation und Koordination auf internationaler Ebene) an. Dieser Zwang zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften verschiedener weltanschaulicher Ausrichtungen kann einer gemeinsamen Strategie den Weg ebnen, weil er auf konkreten Bereichen mit genau festgelegten Zielen ansetzt und den Interessen aller Beteiligten dient.

Bisher hat die private Planung und die private Produktion über die öffentliche Planung und die Bereitstellung öffentlicher Güter dominiert. Die Folge ist eine private Überflußproduktion, während sich die Bereiche, die sich nicht privatwirtschaftlich entwickeln lassen, in strukturellen Krisen befinden. Dabei bleiben die Infrastrukturbereiche wie Bildung, Wissenschaft, öffentlicher Nahverkehr, Städtebau, Gesundheitsversorgung nicht nur hinter den privaten Investitionen zurück.

Der Ausbau der Infrastruktur wird weitgehend vom Tempo und den Schwankungen der privaten Produktion bestimmt. In vielen Bereichen, besonders auf kommunaler Ebene, wird die Struktur der öffentlichen Investitionen zu einem großen Teil von privaten Interessen bestimmt. Wenn es nicht gelingt, solche Tendenzen durch neue Formen freiheitlicher Planung zurückzudrängen, wird eine technokratische Politik des Staates in

Verbindung und wesentlich beeinflusst durch die Interessen großer Unternehmen das Ergebnis sein.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften wird ihre Bedeutung behalten, weil der Lohn bzw. das Gehalt des Arbeitnehmers auf absehbare Zeit der wichtigste Einzelfaktor für die Sicherung der materiellen Existenz während des Arbeitslebens bleiben wird. Mit zunehmendem Steigen der Durchschnittseinkommen, überproportionalen Lohnsteuersätzen, Krankenversicherungsbezügen und Sozialbeiträgen gewinnt jedoch eine Einkommenspolitik im weitesten Sinne an Bedeutung, weil Lohnerhöhungen durch kompensatorische Maßnahmen neutralisiert werden können.

Mit der Erhöhung der Einkommen, verbunden mit zunehmender sozialer Absicherung, wird auf lange Sicht eine Nivellierung einhergehen. Probleme einer Mindestlohnpolitik könnten erneut aktuell werden. Gerade der Schutz der Unterprivilegierten, der ungelerten Jugendlichen oder der Älteren und der Randgruppen unserer Gesellschaft ist nur durch solidarische Hilfe möglich und dies sollte immer die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Bei allen Maßnahmen der Gewerkschaften muß die Zunahme multinationaler Unternehmen und die internationale Strategie großer Unternehmen beachtet werden. Das erfordert eine Abstimmung der Tarifpolitik auch im internationalen Raum.

Es ist nicht vorzusehen, wie sich die Tarifautonomie auf die schlechende Inflation auswirkt. Bisher kann nicht nachgewiesen werden, daß starke Gewerkschaften eine hohe Inflationsrate bedingen. Wir kennen Länder mit hohen Geldentwertungsraten und schwachen Gewerkschaften und Staaten mit starken Arbeitnehmerorganisationen und über längere Zeit relativ stabilem Geldwert. Neben der Höhe der Arbeitnehmerentlohnung, die im wesentlichen dem Konsum zufließen, sind die Politik der privaten Investoren, die Einnahmen und Ausgaben des Staates und die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu beachten.

Deklamationen genügen nicht

Wenn man davon ausgeht, daß für die zukünftig überschaubare Zeit die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zurückgeht und gleichzeitig die Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen überproportional zunehmen, dann sind verstärkte inflatorische Prozesse möglich. Dies ist dann der Fall, wenn die privaten Investoren mit der öffentlichen Hand um die verfügbaren Produktionsfaktoren konkurrieren und durch Abwälzungsprozesse ihre Gewinnsätze aufrechterhalten.

Wenn die Gewerkschaften die Gesellschaft humanisieren wollen, dann ist dies nicht auf dem Weg von bloßen Deklamationen zu erreichen. Es gelingt nur, wenn die Mitglieder in ihrer Gesamtheit solche Forderungen akzeptieren, sie sich zu eigen machen und sich aktiv dafür einsetzen. Dies ist nur möglich durch eine breite innergewerkschaftliche Demokratie, die über ihren funktionellen Zweck ein Stück Demokratie als Lebensform in unserer Gesellschaft realisieren kann. Zur innerverbandlichen Demokratie gehören Öffentlichkeit und Publizität gewerkschaftlichen Handelns, die Art der Kandidatenauswahl, Wahl- und Abstimmungsverfahren und die Bedeutung von Mitgliederversammlungen.

Für geringeren Lohnanstieg

Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn

Die öffentlichen Investitionen werden rascher wachsen müssen als die privaten, da ein ständig wachsender Teil der menschlichen Bedürfnisse (vom frischen Wasser bis zur Bildung) nur von öffentlichen Einrichtungen gedeckt werden kann... Der Übergang vom ökonomischen zum ökologischen Denken, vom Pro-Kopf-Einkommen zur Lebensqualität wird auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorbeigehen. Diese Arbeitstagung zeigt, daß die größte Gewerkschaft in diesem Lande sich dessen bewußt ist.

In den letzten Jahren zeigten Meinungsumfragen, daß die wenigsten Arbeitnehmer den Eindruck hatten, es gehe ihnen besser, wenn sie beträchtliche Erhöhungen ihrer realen Löhne und Gehälter hinter sich hatten. Dies mag überwiegend daher rühren, daß Preissteigerungen, auch wenn sie wesentlich niedriger sind als Lohnerhöhungen, stärker bewußt werden. Aber es könnte doch auch ein Reflex der Erfahrung mitspielen, daß größere Konsumkraft auch bei unteren Einkommensgruppen nicht unbedingt die Lebensqualität verbessert.

Geringeres Wachstum des privaten Konsums bedeutet — und es wäre kindisch, dies hier zu verschweigen — auch geringeren realen Anstieg der

In diesem Zusammenhang sind ehrenamtliche Funktionäre von besonderer Bedeutung. Gerade wenn die Komplexität und Unüberschaubarkeit aller Lebensbereiche steigt, wenn sich ein Teil der Entscheidungen immer weiter vom einzelnen entfernt, muß die Chance zur Aktivierung und Entfaltung an der Basis mit besonderem Nachdruck gesucht werden, um Gegengewichte zur organisatorischen Verselbständigung von Bürokratien und Expertenstäben zu schaffen. Nur unter dieser Bedingung wird die Wahrnehmung neuer Gewerkschaftsaufgaben nicht zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Mitgliedern und Funktionären führen.

Nettolöhne und -gehälter, und zwar in jedem denkbaren Fall.

Aber dies braucht die Bedeutung der Gewerkschaften nicht zu mindern. Bisher haben die Gewerkschaften den Arbeitnehmer überwiegend — wenn auch keineswegs ausschließlich — vertreten in seiner Eigenschaft als Konsument und Produzent. Nun dürfte ihre Aufgabe noch wesentlich umfassender werden. Gewerkschaften, die sich mitverantwortlich fühlen für die Lebensqualität ihrer Mitglieder, werden nicht unwichtiger, wohl aber politischer. Sie verlieren nicht ihre Funktion im Verteilungskampf, wohl aber könnte sich diese Funktion verändern.

Wenn wirklich die Bedürfnisse des Arbeitnehmers immer mehr durch öffentliche Dienstleistungen und Investitionen gedeckt werden und immer weniger durch zusätzlichen privaten Konsum, so könnte sich dies — und ich hoffe es sogar — bis in die Tarifverhandlungen hinein auswirken. Daß die Gewerkschaften darauf bestehen müssen, daß der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft in der einen oder anderen Form dem Arbeitnehmer zugute kommt, versteht sich von selbst.

Angriff auf die Tarifautonomie

Prof. Dr. Ben C. Roberts

Londoner Schule für Wirtschaft und Politische Wissenschaft, Großbritannien

Im Laufe der letzten 25 Jahre mit Vollbeschäftigung und wachsendem Wohlstand konnten die Gewerkschaften die

Initiative ergreifen und den Arbeitgebern stets höhere Löhne und Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen ab-

ringen. Das Ergebnis war eine immer mehr um sich greifende Inflation in allen Ländern, da die Arbeitskosten die Produktivitätszuwachsrate erheblich überstiegen, und die Arbeitgeber sahen sich gezwungen, ihre Rentabilität mit Hilfe von Preissteigerungen aufrechtzuerhalten.

Das Problem, die Inflation in einer pluralistischen Gesellschaft einzudämmen, stellt die Gewerkschaften vor eine sehr kritische Frage, da hierbei von ihnen gefordert werden könnte, die Anwendung ihrer Verhandlungskraft einzuschränken und irgendeiner Form von nationaler Einkommenspolitik zuzustimmen. Dies schließt auch die Begrenzung der Möglichkeiten für andere Gruppen ein, ihre Einkommen unkontrolliert erhöhen zu können, einschließlich der Arbeitgeber in bezug auf Preissteigerungen. Nach den Grundsätzen der Gewerkschafts- und Unternehmerfreiheit wäre dergleichen mit dem Bann zu belegen.

Wenn nun die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften darin besteht, ihre Rolle derart umzugestalten, daß sie eine umfassende gesellschaftliche Funktion übernehmen, dann handelt es sich hier um eine Änderung, die die Gewerkschaften nicht allein herbeiführen können. Dies ist eine Herausforderung an die ganze Gesellschaft und insbesondere an die Regierung und die Arbeitgeber.

Es muß die Aufgabe der Regierung sein, in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften ein anderes System für die Festsetzung von Löhnen und Gehältern, als das der uneingeschränkten Tarifverhandlungen einzuführen. Man müßte einen für das ganze Land zuständigen Rat ein-

setzen, der den passenden Rahmen für Lohn- und Gehaltserhöhungen aufstellt und auch den Rahmen für Preiserhöhungen festlegt und man müßte dann noch eine Durchführungsbehörde haben, die dafür sorgt, daß dieses System auch wirkt.

Die Verbesserung der Qualität des Lebens am Arbeitsplatz ist unbedingt erforderlich, doch die vielleicht eher naheliegende Verbesserung der Qualität des Lebens könnte durch eine Arbeitszeitverkürzung erzielt werden. Mehr Freizeit statt eines höheren Einkommens und mehr Verbrauch ist eine Alternative, um aus Produktionssteigerungen Nutzen zu ziehen.

Wenn die Gewerkschaften eine bessere Freizeitgestaltung zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben machen könnten, würden sie erheblich zur Qualität des Lebens beitragen. In vielen Ländern haben sich die Gewerkschaften bereits bemüht, ihren Mitgliedern durch Förderung von kultureller und sportlicher Betätigung und durch Bildungsveranstaltungen zu einem besseren Leben zu verhelfen. Um hierbei Erfolg zu erzielen, müssen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern klarmachen, daß dies ihre Rolle in der Zukunft ist.

Das herkömmliche System mit zwei Tarifparteien, ewig in Streit miteinander, muß geändert werden, um den Erfordernissen moderner technischer und wirtschaftlicher Bedingungen gerecht zu werden. Die Mitbestimmung in den Unternehmen und im Staat wird erheblich ausgebaut werden. An die Gewerkschaften wird die Aufforderung ergehen, sich mehr um die Qualität des Lebens zu bemühen und in bezug auf ihre Politik eine neue Richtung einzuschlagen, so daß sie sich weitaus mehr um wichtige soziale Probleme kümmern können.

nopolistischen Systems rufen in den kapitalistischen Ländern immer neue Entwicklungskonzeptionen ins Leben. Im Westen gibt es bereits Fachleute auf dem Gebiet der Futurologie, die von der Zukunft anhand von ausgesprochen subjektiven Vorstellungen urteilen.

In ihrer Angst vor der Zukunft, in ihrem Bestreben, das unabwendbare historische Finale zu vermeiden, bemühen sich die Apologeten des Kapitalismus, die ihnen nicht genehmen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Zukunft zu entstellen bzw. zu ignorieren. Die kapitalistischen Futurologen sorgen bei der Ausarbeitung von sozialökonomischen, politischen und anderen Prognosen des öfteren nicht so sehr für die Wahrheitstreue der Vorwegnahme wie dafür, die Welt der Zukunft in den für die herrschende Klasse günstigen Farben zu malen.

Quelle der Kraft

Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß in der westlichen Futurologie eine optimistische Ansicht über die Zukunft, darunter auch die des Kapitalismus selbst, vorherrsche. In ihren Reihen entstand und nimmt zu eine pessimistische Richtung, die ihre „prinzipielle“ Schlussfolgerung — aufgrund der Schwierigkeiten und Komplizierungen der technologischen Entwicklung — daraus zieht, die zukünftige Entwicklung der Menschheit lasse sich angeblich überhaupt nicht prognostizieren.

Die soziale Prognostik, wie auch eine beliebige Gesellschaftswissenschaft, trägt einen klar zum Ausdruck kommenden Klassencharakter, einen parteilichen Charakter, da sie unmittelbar die Interessen verschiedener Klassen untersucht. In der richtigen Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit und ihrer Tendenzen ist die Arbeiterklasse als eine konsequent revolutionäre Klasse und die Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts interessiert. In der Arbeiterbewegung gestalteten sich bestimmte Anschauungen und Konzeptionen über die Zukunft, über jene Wege, die die Menschheit zu ihr zurücklegen wird.

Die marxistisch-leninistische revolutionäre Entwicklungstheorie verbindet sich organisch mit dem wissenschaftlichen Herangehen an die Erforschung der Entwicklungsperspektiven von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und dient als Grundlage für die „furchtlose Vorwegnahme der Zukunft und eine kühne praktische Tätigkeit ...“ (W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 26, S. 75, russ. Ausgabe).

Um richtig zu erkennen, was die sowjetischen Gewerkschaften darstellen, wie ihre Wurzeln, Quellen, ihre Rolle und Stellung, allgemeine Prinzipien und spezifische Aufgaben sind, worin die Quelle ihrer Kraft und Stärke liegt,

Zukunft der UdSSR-Gewerkschaften

Pjotr T. Pimenow

Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion,
Moskau

Bei der Festlegung der Perspektiven für die Entwicklung der Gewerkschaften, wie auch der ganzen sowjetischen Gesellschaft, gehen wir von den vor uns stehenden Aufgaben und der Notwendigkeit aus, die realen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Mit anderen Worten kann ein Gespräch über die Zukunft nicht abstrakt sein, es muß auf der heute real bestehenden Lage und dem Zustand der Gewerkschaftsbewegung beruhen.

Bei dieser Fragestellung nehmen wir gewiß Rücksicht darauf, daß es in der Welt zwei verschiedene sozialökonomische Systeme gibt, in jedem von denen es eigene Bedingungen, eigene Besonderheiten in der Stellung und Entwicklung der Gewerkschaften gibt.

Die Zukunft war immer ein Objekt des Kampfes verschiedener Weltanschauungen. Heute verwandelt sie sich aber in eines der Hauptprobleme im Wettbewerb zweier gesellschaftlicher Systeme.

Das zunehmende Bedürfnis an der Ausarbeitung verschiedenartiger Prognosen ist auf die Verstärkung der Aktivität des sozialen Schaffens der werktätigen Massen, auf die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und auf ihren immer wesentlicheren Einfluß auf verschiedene Seiten des Gesellschaftslebens zurückzuführen.

Die gigantische Konzentration der Produktion, das Wachstum des staatsmo-

worin die Funktionen der Gewerkschaften auf verschiedenen Etappen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse bestehen, wie ihre Entwicklung in der Perspektive gestaltet wird, mit einem Wort, um eine richtige Antwort auf diese und andere Fragen zu bekommen, muß man diese Bewegung in einer untrennbaren Einheit mit dem Kampf der Arbeiterklasse aller Länder, mit der Lehre des Marxismus-Leninismus betrachten.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Ordnung lassen sich die Funktionen der Gewerkschaften als einer Schule des proletarischen Klassenkampfes klar umreißen. Die Gewerkschaften sind berufen, hier eine Mission der großen Schule der Klassenorganisation des Proletariats, seines Wirtschaftskampfes, des Schutzes der Arbeiterklasse gegen die räuberischen Ansprüche der Bourgeoisie zu erfüllen. Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft ändern sich die Stellung und die Rolle der Gewerkschaften von Grund auf. Aus einer Organisation der unterdrückten Arbeiterklasse werden sie zu Organisationen der herrschenden Klasse, zu einer der wichtigsten Institutionen der sozialistischen Demokratie.

Die Gewerkschaften bleiben eine vom Staat getrennte, an keine Partei gebundene gesellschaftliche Massenorganisation der Werktätigen, die aber an der Lösung der grundsätzlichen Aufgaben des Aufbaus einer neuen Gesellschaft äußerst aktiv und unmittelbar teilnehmen. Dadurch ist auch die prinzipielle qualitative Änderung der Hauptfunktion der Gewerkschaften zu erklären: Wenn früher ihre Hauptfunktion darin bestand, eine Schule des proletarischen Klassenkampfes gegen das Kapital zu sein, so müssen sie nunmehr zur Schule der kommunistischen Gesellschaft werden, in der der neue Mensch erzogen und geformt wird.

Andere Funktionen

Mit dem Sieg der sozialistischen Revolution ändern die Gewerkschaften ihre Funktionen... So liegt die Eigenart ihrer Stellung in der sozialistischen Gesellschaft, darin, daß sie, wie es oben angegeben wurde, einerseits die Organisation der Arbeiterklasse, d. h. einer Klasse, die die politische Leitung der Gesellschaft innehat, sind; andererseits sind sie keine staatliche, sondern eine gesellschaftliche Organisation, die breite Massen der Werktätigen für die Leitung des Staates und der Gesellschaft gewinnt, ihnen die Kunst der demokratischen Leitung der ökonomischen, sozialen und anderen Prozesse des Gesellschaftslebens beibringt.

Das bedeutet erstens, daß mit der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse die Gewerkschaften sich in keine Partei-, in keine Staatsorganisation

verwandeln, weder mit der Partei noch mit dem Staat verschmelzen, sondern als eine selbständige gesellschaftliche Massenorganisation weiterbestehen. Da sie zweitens eine spezifische Stellung im System des Sowjetstaates einnehmen, sind sie von anderen Organisationen dieses Systems nicht isoliert, sie stehen nicht abseits von ihnen, sondern befinden sich in ihrer Mitte, unterhalten enge gegenseitige Beziehungen zur Kommunistischen Partei, zu den staatlichen sowie anderen gesellschaftlichen Organisationen.

Wichtigste Kettenglieder

Die Gewerkschaften sind eines der wichtigsten Kettenglieder im allgemeinen System der sozialistischen Demokratie, in der Gewinnung der Werktätigen für die Leitung der Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft.

Sie gewinnen die Gewerkschaftsmitglieder für eine unmittelbare, aktive Teilnahme an der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft, für die Schaffung der materiellen Güter, für die Festigung der ökonomischen Basis des Staates;

sie lösen gemeinsam mit der Verwaltung alle Fragen der Arbeit, Entlohnung, des Alltagslebens und der Erholung der Belegschaftsmitglieder;

sie kontrollieren die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Regeln und Normen der Sicherheitstechnik und Betriebshygiene, schlichten Arbeitsstreitigkeiten zwischen den Werktätigen und der Verwaltung;

verwalten die staatliche Sozialversicherung, einschließlich Bestätigung und Ausföhrung des Sozialversicherungshaushaltes, Festlegung von Beihilfen usw.;

schicken Arbeiter und Angestellte in Sanatorien, Pensionen, Erholungsheime und andere Heilstätten und ihre Kinder in Pionierferienlager, deren weitverzweigtes Netz den Gewerkschaften zur Verfügung steht;

leisten Kultur- und Erziehungsarbeit, leiten die Sportarbeit, tragen bei zur Organisation der allgemeinen Bildung der Werktätigen, zur Erhöhung des kulturtechnischen Niveaus der Arbeiter und Angestellten, organisieren die Klub- und die Bibliothekarbeit, entwickeln die Laienkunst und das Volksschaffen u. a. m.

Zu den Aufgaben der Gewerkschaften wird auch künftig die Verstärkung der Arbeit zur Weiterentwicklung der Wirtschaft des Landes, eine noch aktivere Heranziehung der Werktätigen an die Leitung der Produktion und der Angelegenheiten der Gesellschaft gehören. Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften ist die Fürsorge für

die rechtmäßigen Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen, die Fürsorge für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die Verstärkung der Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Regeln und Normen des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik, die Fürsorge für eine bessere Gestaltung einer kulturvollen und gesunden Erholung der Werktätigen.

Die Schutzfunktion bleibt bestehen, weil mit dem Sieg der sozialistischen Revolution die Gewerkschaften eine solche Grundlage, wie den ökonomischen Klassenkampf eingebüßt, jedoch eine solche Grundlage, wie den nicht klassenbedingten Wirtschaftskampf, nicht verloren haben; gemeint ist der Kampf gegen die bürokratischen Erscheinungen im Apparat, der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der werktätigen Massen durch Wege und Mittel, die für diesen Apparat unzugänglich sind.

In dieser Tätigkeit setzen die Gewerkschaften unter den Verhältnissen des sozialistischen Staates durch eine strikte Kontrolle über die Ausführung der Arbeitsgesetze und der Gesetze über die Rechte der Menschen die Befriedigung der rechtmäßigen und realisierbaren Forderungen der Massen durch. Den Nachdruck müssen dabei die Gewerkschaften auf die richtige Verbindung der Wahrnehmung von Interessen der Werktätigen mit der tagtäglichen konkreten, aktiven Arbeit gemeinsam mit dem sozialistischen Staat an der allseitigen Verbesserung und Erleichterung der Arbeitsbedingungen, der materiellen und sozialen Lebensbedingungen der Werktätigen, mit der Fürsorge für die Verbesserung ihrer Erholung, Gesundheit, des Systems der Sozialversicherung, der Wohnungsverhältnisse sowie der Bedingungen für eine möglichst allseitige geistige und kulturelle Entwicklung machen.

Große Rechte der Gewerkschaften

Die sowjetischen Gewerkschaften haben in allen diesen Tätigkeitsbereichen große Rechte und materielle Möglichkeiten. Sie kontrollieren die Einhaltung der Arbeitsgesetze, der Vorschriften und Normen der Sicherheitstechnik, die Bereitstellung und Verteilung der Arbeitskleidung, beteiligen sich an der Planung der Mittel für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, diskutieren die Fragen über die Gestaltung der Arbeitszeit und Erholung der Werktätigen, nehmen teil an der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen, die die Werktätigen betreffen, spielen die entscheidende Rolle bei der Schlichtung der in den Betrieben zwischen den Werktätigen und der Verwaltung entstehenden Arbeitsstreitigkeiten, sorgen für die Verbesserung der Wohnungs- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten usw.

Eben in den Fragen der Vertretung der Interessen von Arbeitern und Angeestellten unter den Verhältnissen der sozialistischen Gesellschaft läßt sich die Tendenz der Ubereignung und der unmittelbaren Verwirklichung mancher Funktionen durch die Gewerkschaften verfolgen, die zu den Funktionen des Staates gehören.

Die sowjetischen Gewerkschaften und die Gewerkschaften der sozialistischen Länder sind nach wie vor Organisationen, die die Werktätigen vertreten und in ihrem Namen handeln, die Interessen und den Wohlstand der Werktätigen verteidigen, sie treten aber nicht gegen den Staat selbst, in dem die Macht den Werktätigen gehört, auf, sondern tragen im Gegenteil zur Vervollkommnung und Festigung des sozialistischen Staates, zur Erstarkung seiner Wirtschaft und zur Hebung des allgemeinen Lebensniveaus des Volkes bei.

Gesellschaft der Zukunft

Der wichtigste Bestandteil der gewerkschaftlichen Tätigkeit ist die Erziehungsarbeit, die auf die Erziehung von kommunistisch überzeugten, bewußten Erbauern und Herren der sozialistischen Gesellschaft gerichtet ist, welche es verstehen, produktiv und organisiert zu arbeiten, über ein hohes Bildungs- und Kulturniveau, geistige und moralische Eigenschaften verfügen.

Unter den Bedingungen des kommunistischen Aufbaus bleiben somit die Gewerkschaften eines der wichtigsten Kettenglieder im allgemeinen System der sozialistischen Demokratie. Sie werden ein wichtiges organisatorisches Mittel zur Gewinnung der Werktätigen für die Leitung der Staats- und Gesellschaftsangelegenheiten, zur Teilnahme an der Lösung vieler Aufgaben der Entwicklung der Volkswirtschaft sein — von der Ausarbeitung der staatlichen Pläne bis zur Leitung der Arbeit eines jeden Betriebs.

Sie werden noch lange eine wichtige Rolle in der Produktion und in der gesellschaftlichen Tätigkeit, in der Erziehung der kommunistischen Arbeitsmoral und der kommunistischen Einstellung zum Gesellschaftseigentum spielen.

Die Gewerkschaften werden auch künftig auf der Hut der rechtmäßigen Interessen der Werktätigen stehen. Ihre Rolle als einer Organisation der Werktätigen, die ihren Beitrag zum Aufbau der neuen Gesellschaft leistet, wird weiter zunehmen.

Unsere Gesellschaft befindet sich in der Phase des entfaltenen kommunistischen Aufbaus, wo alle moralischen und physischen Kräfte im Lande darauf gerichtet sind, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu errichten. In der Phase des entfaltenen Aufbaus

der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft helfen die Gewerkschaften den Werktätigen, die Leitung der Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft zu meistern.

Der führende amerikanische Futurologe H. Kann schildert z. B. die USA-Gesellschaft im Jahre 2000 als eine „lebensfrohe, attraktive Gesellschaft der müßigen Konsumenten mit einem gewissen Anflug der ‚Dekadenz‘“ (G. Edeling „Zukunftsbild“, S. 20—21, russ. Ausgabe). Es ist zu vermerken, daß H. Kann von der Müßigkeit der amerikanischen Gesellschaft spricht, obwohl sie sich bis jetzt der Lösung vieler vorrangiger sozialer Probleme der Gegenwart noch nicht genähert hat.

Wir verwerfen solche „Ideale“ und Perspektiven, die den Menschen erniedrigen und den Klasseninteressen des Proletariats zuwiderlaufen. Nein, die Gesellschaft der Zukunft ist keine berüchtigte „Zivilisation der Freiheit“, wo dem Menschen eine klägliche Rolle des von Robotern betreuten Konsumenten eingeräumt wird. Die künftige Gesellschaft ist vor allem eine Zivilisation der hochorganisierten Arbeit, eine klassenlose Gesellschaftsordnung mit einem einheitlichen Volkseigentum an Produktionsmitteln, der vollen sozialen Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder, wo gleichzeitig mit der allseitigen Entwicklung der Menschen auch die Produktivkräfte aufgrund der sich ständig entwickelnden Wissenschaft und Technik anwachsen, wo alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums in voller Blüte stehen werden und der große Grundsatz „von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht wird. Das wird eine hochorganisierte Gesellschaft der freien und bewußten Menschen der Arbeit sein, in der die gesellschaftliche Selbstverwaltung verankert wird, und die Arbeit zum Wohl der Gesellschaft verwandelt sich für alle in das erste Lebensbedürfnis, wo die Fähigkeiten eines jeden mit dem größten Nutzen für das Volk an den Tag gelegt werden.

Prognose auf sozialistisch

German Diligenski

Sektionschef des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau

Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft besitzt das Prognostizieren wesentliche Besonderheiten, die es vom Prognostizieren in den kapitalistischen Ländern unterscheidet. Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln ermöglicht eine bewußte wissenschaftliche Leitung der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Das System der politischen Macht, das in den Ländern des entwickelten Sozialismus besteht, verwandelt diese Möglichkeit in eine Wirklichkeit.

Was unsere Einschätzungen der Zukunft, unserer Gewerkschaften jenseits der Schwelle des XXI. Jahrhunderts anbelangt, so gehen sie von den erwähnten Voraussetzungen und der Begründung ihrer heutigen Aufgaben aus und stützen sich auf die wissenschaftliche Antizipation der Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer Gesellschaft der kommunistischen Selbstverwaltung.

Die marxistisch-leninistische Prognose der Entwicklung unserer Gesellschaft weist auf den allmählichen Übergang zur kommunistischen Selbstverwaltung als einer neuen Gesellschaftsform in der Zukunft hin. Die Voraussetzungen für die Schaffung dieser Gesellschaft entstehen schon heute, und die sowjetischen Gewerkschaften spielen dabei eine wichtige Rolle, wobei sie breite Schichten der Werktätigen für die Entwicklung ihrer Initiative und Teilnahme an der Leitung der Produktion, aller Angelegenheiten der Gesellschaft gewinnen.

Im Zuge der Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie erfolgt die Weiterentwicklung der sozialistischen Staatlichkeit in der Richtung der gesellschaftlichen kommunistischen Selbstverwaltung.

Wenn die Gewerkschaften unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Schichten des werktätigen Volkes vertreten und dabei dem Staat als der politischen Organisation des Monopolkapitals entgegenstehen, so behalten die Gewerkschaften unter den Bedingungen der sowjetischen Gesellschaft ihre spezifische „traditionelle“ Funktion des Schutzes der sozialökonomischen Interessen der Werktätigen und bekommen eine ganz neue Funktion — der Schule des Kommunismus; deshalb können sie keine antagonistischen Beziehungen zum Arbeiterstaat haben, da er seinem Klassenwesen nach mit den Gewerkschaften gleichgeartet ist.

Die politische Leitung der Gesellschaft wird von der Arbeiterklasse verwirklicht, die Kommunistische Partei, die die höchste Form einer Organisation der Arbeiterklasse darstellt, spielt die führende Rolle in der wissenschaftlich begründeten Bestimmung der Ziele und Aufgaben, die vor der Gesellschaft auf jeder Etappe ihrer Entwicklung entstehen, der konkreten Wege zur Erreichung dieser Ziele. Der Charakter und die Richtung dieser Entwicklung werden deshalb durch die wissen-

schafflich erkannten Interessen der Werktätigen und nicht durch die Klasseninteressen irgendwelcher enger gesellschaftlicher Gruppen bestimmt; sie weist einen ausgesprochen planmäßigen Charakter auf.

Das wissenschaftliche Bild der Zukunft kann selbstverständlich keine Wahl von wohlgemeinten Wünschen und abstrakten Idealen schlechthin sein. Es darf aber auch keine apokalyptische Prophezeiung der Degradierung und des Untergangs der menschlichen Zivilisation darstellen. Die Vorstellung von der Zukunft ist ein Resultat der Erforschung verschiedener widerspruchsvoller Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung, der Möglichkeiten des bewußten Einflusses der Gesellschaft auf diese Tendenzen. Diese Beeinflussung der Zukunft, ihre Planung setzen jedoch fest umrissene Kriterien der Trennung des Erwünschten vom Negativen, eine klare Vorstellung darüber voraus, was wir eigentlich wollen.

Anders gesagt, ist das Problem der Zukunft mit dem der Ziele der Gesellschaft unlöslich verbunden.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erschließt neue gewaltige Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen, zum Anwachsen der Wirksamkeit aller Arten der menschlichen Tätigkeit, zur Einsparung der Zeit und des Arbeitsaufwands. In den nächsten Jahrzehnten werden die Wissenschaft und die Industrie den Menschen eine unverstiegbare Quelle neuer Werkstoffe zur Verfügung stellen, aus der sich alles Notwendige für beliebige Lebenssituationen schöpfen werden.

Das Jahr 2000

Wir werden neue Erfolge beim Gesundheitsschutz der Menschen, bei der Erhöhung ihrer Lebenserwartung erzielen. Zum Jahre 2000 wird offensichtlich in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern ein zentralisiertes kybernetisches Informationssystem über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und zur Diagnostik der Erkrankungen bestehen. Die Akkumulation und Vermittlung der Information werden rationalisiert; der Informationslagerungsdienst und das Fernsehen werden zu einem einheitlichen System vereinigt.

Die Lebensbedingungen in den Städten werden bedeutend verbessert: in den kommenden Jahrzehnten wird die Entwicklung der Städte gemäß den Generalplänen erfolgen, die eine rationelle Verteilung der Bevölkerung und rationale Städtemaße vorsehen, Wohnbezirke der Natur näherbringen. Die Beförderung wird wesentlich beschleunigt: im Jahre 2000 werden wir über riesige Flugzeuge verfügen, die im Laufe von zwei Stunden 1000 Fluggäste in einen beliebigen Punkt des Planeten bringen können.

Die wissenschaftlich-technische Revolution ermöglicht es, den jahrhundertalten Traum der Menschheit vom materiellen Überfluß zu verwirklichen. In den sozialistischen Ländern sind wir bestrebt, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen, wo alle von den Früchten dieses Überflusses Gebrauch machen können, wo der Grundsatz „von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ realisiert wird. Die nächsten zwei, drei Jahrzehnte werden uns diesem Ziel wesentlich näherbringen.

30-Stunden-Woche

Unsere Pläne sehen ein unentwegtes Wachstum des Volkskonsums, die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens aller Gesellschaftsmitglieder vor. Ein umfassendes Programm der ökonomischen Entwicklung des Landes, der Hebung des Lebensstandards des Volkes wurde vom XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der im vorigen Jahr stattfand, beschlossen. In der Sowjetunion wird der Reallohn bzw. das Realgehalt gegenüber 1970 um 20 bis 22 Prozent, der Umfang der unentgeltlichen materiellen Vergünstigungen und Leistungen sowie der Unterstützungen an die Bevölkerung aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds um 40 Prozent zu nehmen. Die Summen verschiedener Beihilfen, Stipendien und anderer Sozialleistungen werden erhöht. Diese Tempos zeugen davon, daß in der UdSSR (und das bezieht sich in vollem Maße auch auf andere Länder des entwickelten Sozialismus) zum Jahre 2000 der Stand und der Umfang der Massenkonsumtion wesentlich erhöht werden. Neue weitgehende Möglichkeiten für die Entwicklung des Menschen, die Bereicherung seines Lebensinhalts erschließt die Kürzung der Arbeitszeit — eine der wichtigsten Folgen des technischen Fortschritts. Nach den Angaben der prognostischen Forschungen wird die Arbeitswoche gegen Ende unseres Jahrhunderts ca. 30 Stunden umfassen. Es entstehen Fragen: Wie werden eigentlich die Menschen diesen größeren Umfang der Freizeit ausnutzen? Was sind die Ziele, die wir auf diesem Gebiet anstreben müssen? Welche Mittel kann die Gesellschaft einsetzen, um diese Ziele zu erreichen?

Wie die heutigen Erfahrungen zeigen, kann das Problem Freizeit auf verschiedene Weise gelöst werden. Man betrachtet sie oft in den kapitalistischen Ländern hauptsächlich als eine Zeit für die Entspannung, d. h. für Erholung, Ausspannung, Unterhaltung. Dieses Verhalten zur Freizeit wird im wesentlichen durch die Besonderheiten des heutigen Lebens gefördert: durch seine zunehmenden Spannungen, Tempos, durch die Intensität der nervlichen und psychischen Belastung. Wenn man den Urhebern mancher bürgerlichen soziologischen Konzeption Glauben schenkt, schafft die gegenwärtige Ent-

wicklung unweigerlich einen Menschentyp, dessen Hoffen und Sehnen ausschließlich der Freizeitsphäre gelten.

Eine vollwertige Entspannung, die einen Kontakt mit der Natur, Sport, Spiele und Unterhaltung, Komfort voraussetzt, ist ein natürliches Bedürfnis der Menschen, eine Bedingung für ihre harmonische Entwicklung. Die Gesellschaft muß alles, was in ihren Kräften steht, tun, um dieses Bedürfnis zu befriedigen. Wenn man aber die Freizeit als ein Terrain für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit betrachtet, ist es unmöglich, diese nur auf die Entspannung hinauslaufen zu lassen.

Die menschliche Arbeit, selbst wenn ihr Inhalt gegenüber den heutigen Verhältnissen bedeutend bereichert wird, muß notwendigerweise stets auf die Ausführung bestimmter Funktionen beschränkt sein. Eben in seiner arbeitsfreien Zeit kann der Mensch über diese durch die Arbeitsteilung bestimmten Grenzen hinausgehen, eine freie Wahl für seine Tätigkeit erreichen, die ihm innewohnenden Fähigkeiten vollständig entwickeln. Und nur diese Freiheit (und nicht schlechthin die Möglichkeit, keine Arbeit zu verrichten, irgendwelche Pflichten nicht zu erfüllen) ist echt, gibt einem das Gefühl des Glücks und der Lebensfülle.

Freizeit mit Niveau

Die Freizeit ist eine Zeit nicht nur für die Erholung, sondern auch für die intellektuelle und kulturelle Entwicklung, die Aneignung neuer Kenntnisse (darunter auch solcher, die mit der verrichteten Arbeit nicht verbunden sind), für die gesellschaftliche und ästhetische Tätigkeit, für den Umgang mit anderen Menschen.

Die Schaffung von Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung von Menschen in der arbeitsfreien Zeit macht die Lösung vieler komplizierter ökonomischer und sozialer Probleme notwendig. Vorerst ist es erforderlich, die Zeit für Transportzwecke, Hauswirtschaft, Einkäufe bis auf das Mindestmaß zu senken, da sie die Möglichkeiten für die Erholung und kulturelle Entwicklung einschränkt. Es steht bevor, die faktische Ungleichheit auf diesem Gebiet zu überwinden, die durch die nicht gleichberechtigte Stellung von Mann und Frau in der Familie, durch das Alter, durch die familiären Umstände usw. herbeigeführt ist. Das alles verlangt, große Bemühungen an den Tag zu legen, um die Dienstleistungssphäre, die Sozialfürsorge zu entwickeln und zu rationalisieren und eine rationelle Besiedlung in den Städten zu erzielen.

Die inhaltsreiche Gestaltung der im Wachstum begriffenen Freizeit kann offensichtlich kein Ergebnis von irgendwelchen ganz spontanen Prozes-

sen sein. Der Verzicht auf jegliche soziale Regelung und Planung könnte auf diesem Gebiet zur Grassierung des Müßigganges und zur Gewöhnung an minderwertige Standardformen der Kulturkonsumtion führen. Diese Planung kann gewiß keinen Charakter von Richtlinien haben, zum Aufzwingen von diesen oder jenen „Kulturmodellen“ führen.

Unser Ziel besteht darin, einem jeden die größtmögliche Vielfalt und Zugänglichkeit der Möglichkeiten zu gewähren, damit er einer echten Kultur und eines echten Schaffens teilhaftig wird. Dazu ist auch eine Schaffung von entsprechenden materiellen Voraussetzungen notwendig.

Einen neuen Schritt zur Erweiterung der Teilnahme von Werktätigen an der Leitung stellen die Wirtschaftsreformen dar, die in den sozialistischen Ländern durchgeführt werden. In der UdSSR räumt die Reform den einzel-

nen Betrieben größere Rechte und eine größere Selbständigkeit ein, nämlich das Recht, über einen Teil des von ihnen erhaltenen Gewinns zu verfügen. Das erhöht natürlich das Interesse der Werktätigen für die Angelegenheiten des eigenen Betriebs und gewährt ihnen gleichzeitig neue Möglichkeiten, die Beschlüsse über ökonomische und soziale Fragen unmittelbar zu beeinflussen.

Man muß hervorheben, daß die Demokratisierung der Wirtschaftsleitung, die aufgrund der Wirtschaftsreform erreicht wird, keine Schwächung der zentralisierten Leitung und Planung bedeutet. Die Selbständigkeit des Betriebs auf mehreren Gebieten seiner Tätigkeit hat unter den sozialistischen Verhältnissen keine Vonselbständigung dieses Betriebs als eine vollkommen unabhängige Wirtschaftseinheit zur Folge, die ausschließlich ihre eigenen Ziele habe und einen Konkurrenzkampf auf dem Markt führe.

nelle Auslastung gelegt werden. In den anderen Branchen (wie Kleinbetriebe, Produktionsgenossenschaften, Dienstleistungen) ist die Steigerung der Beschäftigtenzahl anzustreben, um eine zusätzliche Produktion sowie Dienstleistungen zu erreichen, die insbesondere für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung notwendig sind.

Die Gewerkschaften haben darüber hinaus eine wichtige Aufgabe zu erfüllen bei der Durchsetzung der Beschäftigungspolitik, in Abhängigkeit von der Marktlage im regionalen und beruflichen Querschnitt. Insbesondere ist dies mit solchen Problemen verbunden wie Synchronisierung der Beschäftigungspolitik mit dem Bildungssystem, Anpassung der Profile von Berufsschulen und Lehrgängen an die Bedürfnisse, Entwicklung der Berufspräparierung usw.

Wenn wir uns für die so verstandene Politik der vollen Beschäftigung entscheiden, so sind wir der Meinung, daß sie die Liquidierung der gesellschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit bedeutet, d. h. unter anderem der Demoralisierung und Kriminalität, der Zerstörung der Familienbände und Entstehung des Lumpenproletariats. Mit dem Problem der vollen Beschäftigung sind selbstverständlich die Fragen der Sicherung entsprechender Effektivität und Arbeitsproduktivität verbunden, also u. a. der Arbeitsdisziplin und der Bereitschaft zur ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Weiterqualifizierung. Auch in diesem Bereich sehen wir die wachsende Rolle der Gewerkschaften und anderer Selbstverwaltungsinstitutionen der Belegschaften, die über die Tätigkeit der Betriebe mitbestimmen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Tätigkeit öfters auf Kritik stößt. Wir wollen aber die Arbeitsdisziplin durch erzieherische Wirkung beeinflussen und nicht durch eine bestimmte Anzahl von Arbeitslosen und Führung der sogenannten „schwarzen Listen“.

Probleme der Beschäftigungspolitik

Witold Suchowicz

Sekretär der Industriegewerkschaft Metall der Volksrepublik Polen, Warschau

Mit dem Automationsproblem ist auch eine praktische Frage verbunden: ob die Automation zur Arbeitslosigkeit führen muß. Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung hört die Automation auf, eine Angelegenheit des einzelnen Unternehmens zu sein, und befindet sich unter der Kontrolle und dem Einfluß der ganzen Gesellschaft. Die Gewerkschaften sollen gerade dafür Sorge tragen, daß bei der Bestimmung der Entwicklungsrichtungen, des Umfangs und des Tempos der Automatisierung die Interessen der arbeitenden Menschen berücksichtigt werden.

Die notwendige Erwerbung neuer und Erhöhung der vorhandenen Qualifikationen, die Readaptation (Anpassung) der Werktätigen und die systematische Verkürzung der Arbeitszeit sollen insbesondere mit dem Gedanken realisiert werden, daß sich dadurch die materielle Lage der Arbeiter nicht verschlechtern darf, daß sie die Chance des beruflichen Vorwärtkommens erhalten und daß die Kosten der Qualifizierungsprozesse durch die ganze Gesellschaft getragen werden.

Eine andere wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung sehen wir in der Realisierung der vollen und gleichzeitig rationalen Beschäftigung als einen wesentlichen Faktor, der das Tempo der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes optimiert.

Unter der vollen Beschäftigung verstehen wir die Einbeziehung der potentiellen Vorräte an Arbeitskräften in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Die rationelle Beschäftigung bedeutet dafür die effektivste Ausnutzung dieser Reserven. Die Aufgabe ist nicht einfach. Die Realisierungsmöglichkeiten sind nur im Maßstab der ganzen Volkswirtschaft zu sehen und anzuwenden, wobei sie in den einzelnen Abteilungen, Zweigen und Betrieben entsprechend dem technisch-organisatorischen Niveau differenziert sind.

In den Branchen, die die Rolle der Träger des technischen und ökonomischen Fortschritts spielen, soll der Wert auf die Wahl besonders hochqualifizierter Kader und ihre ratio-

Vier Aspekte für Gewerkschaften

Werner Cieslak

Sekretär des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

Die Zukunft der Gewerkschaften wird nach wie vor davon bestimmt, wie sie es verstehen, elementare Klasseninteressen zu vertreten — und zwar nicht nur in den Betrieben, sondern auch gegenüber dem Staat und in allen öffentlichen Bereichen — und zugleich die ökonomischen, sozialen und politischen Tageskämpfe nutzen, um über sie hinaus das kapitalistische

System anzugreifen, infrage zu stellen und alternativ zu seiner Beseitigung beizutragen.

Gerhard Leminski schrieb vor einiger Zeit in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (4/1971, S. 194/195): „Die gewerkschaftlichen Ziele sind mit verschiedenen Varianten freierheitlicher Gesellschaftsgestaltung vereinbar.“

Und weiter: „Wenn die ständige Gestaltungsaufgabe hervorgehoben wird, ist der Begriff Systemänderung relativiert, ebenso ist der Gegensatz von revolutionären und evolutionären Fortschritten aufgehoben.“

Ich will vier Gesichtspunkte nennen, die die Stellung und die Funktion der Gewerkschaften in der absehbaren Zukunft meiner Meinung nach stets berühren werden:

1. Die Gewerkschaften können nur erfolgreich für ihre Mitglieder und für die gesamte Arbeiterklasse wirken, wenn sie sich als klassenorientierte Kampfverbände verstehen, die ihre Schutzfunktion, d. h. ihre Aufgabe im elementaren Klassenkampf, immer mit ihrer Rolle als gesellschaftsverändernde, konkret: als antimonopolistische und antikapitalistische Kraft, verbinden.

2. Die Gewerkschaften können diesen Kampf nur dann mit Aussicht auf Erfolg führen, wenn sie heute nicht nur die einzelnen Konzerne und Unternehmerverbände als Gegner erkennen, sondern den Staat in seiner

Verquickung mit den Monopolinteressen — letztlich beherrscht von den größten Monopolen — begreifen und ihm begegnen.

3. Für die Gewerkschaften, besonders in Westeuropa, wird es in naher Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, wie sie es verstehen, den Kampf gegen die multinationalen Konzerne zu führen. Das aber verlangt die Herstellung der Aktionseinheit aller maßgeblichen Gewerkschaften in Westeuropa und damit die Aufgabe von antikommunistischen Klischees und Vorbehalten gegenüber so großen Gewerkschaften wie der französischen CGT und die italienischen CGIL.

4. Auf die Dauer gesehen, können Gewerkschaften, die ernsthaft zukunftsorientiert sein wollen, den real existierenden Sozialismus, seine Wirkungen und seinen Einfluß auf die Kämpfe und die Entwicklung der kapitalistischen Staaten nicht ignorieren. Auch wenn diese Feststellung sicher in vielen Kreisen heute noch Widerspruch hervorrufen wird — die Frontstellung in dieser Frage wird in Zukunft, davon bin ich überzeugt, eine wachsende Bedeutung erlangen.

Autonomes Handeln erforderlich

Dr. Heinz Schäfer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Für die Verwirklichung einer aktiven, kämpferischen Lohnpolitik ist das autonome Handeln der Gewerkschaften, d. h. ein allein an den Interessen der Mitgliedschaft orientiertes und den Beschlüssen der Organisation verpflichtetes Handeln eine entscheidende Voraussetzung. In allen kapitalistischen Ländern werden gegenwärtig große Anstrengungen unternommen, um, oft bei gleichzeitiger Beteuerung der Tarifautonomie, diese sukzessive einzuschränken oder gar zu beseitigen.

Für die Gewerkschaften bedeutet die Tarifautonomie das Recht, die Tarifaussinandersetzungen unabhängig und ohne Einmischung des Staates führen zu können. Sie müssen das Recht haben, jederzeit ihre Forderungen zu propagieren und im Kampf durchzusetzen, d. h. Urabstimmung und Streiks zu organisieren.

Auf dieser Arbeitstagung macht nun Mr. Roberts den Versuch, eine theoretische Begründung für die Einschränkung der Tarifautonomie zu liefern. Roberts unterstellt, daß durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik eine immer mehr um sich greifende Inflation eingeleitet worden wäre, da die Arbeitskosten die Produktivitätszuwachsrate erheblich überstiegen und die Arbeitgeber sich gezwungen sähen,

ihre Rentabilität mit Hilfe von Preissteigerungen aufrechtzuerhalten.

Nachdem Roberts mit seiner Theorie von der angeblichen Lohn-Preis-Spirale den Gewerkschaften die Schuld für die Inflation in die Schuhe schob, machte er sie auch indirekt verantwortlich für die externen Folgen der Inflation, die kapitalistische Währungskrise und die Behinderung des Welthandels.

Die Preise steigen nicht, weil die Löhne steigen. Die Unternehmer nehmen jeden Preis, den sie erzielen können, und sie würden die Preise auch nicht senken, wenn die Arbeiter Lohnsenkungen zustimmen und selbst auf jeden Lohn verzichten würden. Unter den Bedingungen einer freien Konkurrenz führen Lohnerhöhungen zur Senkung der Profite. Wenn dies heute nicht der Fall ist, dann liegt das einzig und allein an der monopolistischen Struktur der Wirtschaft. Roberts äußert sich hierzu überhaupt nicht. Wenn aber die Lohnerhöhungen die Produktivitätssteigerungen angeblich bei weitem überschreiten, wie kommt es dann, daß die Vermögensbildung und die Vermögensverteilung derart skandalöse Auswirkungen zu Ungunsten der Arbeiterklasse haben konnte?

Als es den Gewerkschaften im Gefolge des Septemberstreiks gelang, zum Teil

beträchtliche Lohnerhöhungen durchzusetzen, verstärkte sich der Druck der Unternehmerverbände auf die Tarifautonomie.

Auch hier stützen sich die Angriffe, wie bei Roberts, darauf, daß die Tarifvertragsfreiheit nur dann fortbestehen könne, wenn das Gesamt- und Gemeinwohl beachtet würde. Der Vorsitzende von Gesammetall, van Hüllen, erklärte, daß die Tarifautonomie letztlich daran gebunden sei, „daß diese Entscheidungen am Gemeinwohl orientiert werden“.

Nun ist mit diesem Gemeinwohl nicht das Wohl der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeint, die heute in der BRD schon über 80 Prozent der Bevölkerung umfassen, sondern das Wohl der Unternehmer, das sich objektiv am Profitinteresse orientiert.

Roberts mißt nun den Regierungen die Aufgabe zu, „in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften ein anderes System für die Festsetzung von Löhnen und Gehältern als das der uneingeschränkten Tarifverhandlungen einzuführen. Man müßte einen für das ganze Land zuständigen Rat einsetzen, der den passenden Rahmen für Lohn- und Gehaltserhöhungen aufstellt und auch den Rahmen für Preiserhöhungen festlegt und man müßte dann noch eine Durchführungsbehörde haben, die dafür sorgt, daß dieses System auch wirkt.“ Roberts äußert hier ähnliche Gedanken wie zuvor schon Krelle, Klaus und Galbraith. Allen gemeinsam ist, daß sie die Löhne binden wollen, aber die Profite nicht.

Das ist eine Situation, in der die Unternehmer einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren und die Löhne senken können. Für die Arbeiterklasse ist unter kapitalistischen Verhältnissen die günstigste Bedingung für eine erfolgreiche Lohnpolitik eine möglichst geringe Arbeitslosigkeit.

Roberts machte deutlich, welche Gefahren für die Gewerkschaften entstehen, wenn sie auf autonomes Handeln verzichten und sich Lohnleitlinien, Orientierungshilfen u. ä. unterordnen. Selbstverständlich genügt es nicht, daß die Gewerkschaften sich nur im Kleinkrieg gegen die Wirkung des kapitalistischen Systems erschöpfen. Es kommt darauf an, daß sie, wie Marx meint, ihre organisierten Kräfte gebrauchen, um das Lohnsystem abzuschaffen, d. h. den Kapitalismus zu beseitigen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum zu ersetzen. Dann erst ergeben sich neue Möglichkeiten, weil grundlegende Interessenidentität vorhanden ist, auch ein neues Verteilungssystem wirksam werden zu lassen.

Gesellschaftsverändernde Ziele

Prof. Dr. Josef Schiefelstein

Direktor des Instituts für Marxistische Studien und
Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main

Das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung wird mehr und mehr von Faktoren beeinflusst, die außerhalb der Sphäre der Tarifpolitik liegen und die durch das individuelle Arbeitseinkommen nicht zu decken sind. Über diese Faktoren wird im politischen Raum, durch staatliche Gesetze und Maßnahmen entschieden. Damit wird aber die wirtschaftliche und soziale Interessenwahrnehmung, ob die Gewerkschaften das wollen oder nicht, zu einer eminent politischen Sache.

Da sich diese Entwicklungstendenz infolge der zunehmenden staatlichen Regulierung und Beeinflussung von Wirtschaftsprozessen verstärkt, und zwar im Sinne der Großindustrie und der Großbanken, werden Breite und Tiefe der politischen Aufgaben wachsen.

Das, was — verzerrt und verniedlicht — als Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut bezeichnet wird, ist ja im Grunde ein Kampf der Klasseninteressen um die Richtung der gesellschaftlichen Investitionen. Es geht darum, wofür wessen Geld ausgegeben werden soll und

darum, ob es sich die Gesellschaft leisten und wie lange es die arbeitende Bevölkerung dulden kann, daß eine winzige Schicht von Konzernherren über den größten Teil dieser Investitionen ausschließlich auf der Basis ihres privaten Profitinteresses entscheidet.

Diesen kapitalistischen Widersinn zu tolerieren, ist auf die Dauer für die Gewerkschaften selbstmörderischer Luxus. In anderen Worten: Die Qualität der Lebensbedingungen wie die Zukunft der Gewerkschaften sind unlöslich verbunden mit der politischen Aufgabe, Richtung, Zwecke und Ausmaß der Investitionen der staatlichen wie der in der Wirtschaft zu beeinflussen.

Es geht nicht um die Alternative Wirtschaftswachstum oder öffentliche Aufgaben. Das ist eine falsche und irreführende Alternative und oft ist es wohl nur die versteckte Umschreibung für neue Massenbelastungen. Die Alternative heißt in Wahrheit: wofür Wirtschaftswachstum und wofür öffentliche Investitionen? Für die günstigste Kapitalverwertung und

den höchsten Profit oder für die Bedürfnisse und das Wohl der arbeitenden Bevölkerung?

Daraus ergibt sich aber eine weitere, sowohl ideelle wie praktische Aufgabe der Gewerkschaften, die ein wesentliches vermittelndes Glied zwischen naher und ferner Zukunft bildet: Die antikapitalistische, gesellschaftsverändernde Zielsetzung der Gewerkschaften, die im Grundsatzprogramm verankert ist, dürfte nicht länger eine an höchsten Feiertagen zu zitierende Glaubensformel sein. Sie müßte einfließen in die gesamte Zielsetzung und Begründung der täglichen Arbeit.

Es müßten Ansätze im Leben gesucht werden, wie man grundsätzliche Forderungen, wie die nach Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum, zu praktischen Forderungen erheben und wie man dafür die Kraft der Mitglieder und der Organisationen in die Waagschale werfen kann.

Die Gewerkschafter sollten sich nicht länger durch die zwanzigjährige Tabuisierung antikapitalistischer und sozialistischer Ideen einschüchtern und fesseln lassen. Sie werden vor allem bei der Jugend nur wachsenden Anklang finden, wenn sie das Programm grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltungen offen verkünden.



Herausgeber: © NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstraße 66, Tel. (06 11) 59 97 91
Verantwortlich für den Inhalt: Gerd Siebert — Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster, Haart 224